

Bestimmungen der neuen Gewerbeordnungs-Novelle, nach der Lohnzahlung und anderem mehr. Das Hauptresultat der Erhebung, die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit, ist folgenden Zahlen zu entnehmen. Es hatten eine Arbeitszeit (ausschließlich der Pausen) von:

48 Std. 288 Betr. = 0,82 Proz. u. 17105 Pers. = 1,06 Proz.
49-51 " 56 " = 0,12 " 17545 " = 1,09 "
51 " 99 " = 0,22 " 8084 " = 0,51 "
51-54 " 1111 " = 2,40 " 121427 " = 7,54 "
54 " 5776 " = 12,46 " 158209 " = 9,51 "
54-57 " 2068 " = 4,44 " 150829 " = 9,37 "
57 " 4826 " = 10,42 " 153858 " = 9,55 "
57-60 " 6027 " = 13,00 " 275228 " = 17,10 "
60 " 16759 " = 36,17 " 486908 " = 30,24 "
60-63 " 1528 " = 3,30 " 48968 " = 3,04 "
63 " 931 " = 2,01 " 22363 " = 1,39 "
63-66 " 2175 " = 4,69 " 38673 " = 2,40 "
66 " 2858 " = 5,09 " 20425 " = 1,28 "
66-69 " 1221 " = 2,63 " 4782 " = 0,30 "
69 " 117 " = 0,25 " 3211 " = 0,20 "
69-72 " 525 " = 1,13 " 26565 " = 1,55 "
72 u. mehr " 485 " = 1,05 " 61079 " = 3,79 "

Diese Zusammenstellung zeigt zunächst als erfreuliches Moment, daß der Festschubtag und eine Arbeitszeit von weniger als zehn Stunden vorherrschend sind. Nur in 20,15 Prozent der Betriebe und für 14,03 Prozent der erfassten Personen besteht eine Arbeitszeit von mehr als zehn Stunden pro Tag, während in 49,68 Prozent der Betriebe und von 55,73 Prozent der erfassten Personen weniger als zehn Stunden pro Tag gearbeitet wird. Wieweit sich die Arbeitszeit in den letzten Jahrzehnten verschoben hat, läßt sich nicht genau nachweisen. Gemessen an den Teilergebnissen, die bei früheren Erhebungen in einzelnen Berufsgruppen der Metallindustrie ermittelt wurden, und bei Beachtung der Ergebnisse der Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit kann mit gutem Recht gesagt werden, daß große Fortschritte in bezug auf Arbeitszeitverkürzung gemacht worden sind. Aus den Zahlen geht hervor, daß sich die weiterverarbeitende Maschinen- und Metallindustrie auf dem besten Wege zum Festschubtag befindet. Die längeren Arbeitszeiten entfallen, wie später gezeigt wird, auf einige bestimmte Industrien, in denen der Organisationsgedanke bei den Arbeitern noch keinen festen Fuß gefaßt hat.

Eine Darstellung der Arbeitszeiten nach Landesgebieten zeigt, daß neben Berlin eine kürzere als 60stündige wöchentliche Arbeitszeit vorherrschend ist in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, ferner in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Altona, Sachsen-Anhalt, Meckl., Lübeck, Bremen und Hamburg. In allen diesen Gebieten haben mehr als die Hälfte der Arbeiter eine Arbeitszeit von weniger als 60 Stunden, in einigen Gebieten sind 70, 80 und 90 Prozent der Arbeiter weniger als 60 Stunden pro Woche beschäftigt. Besonders ungünstige Arbeitsverhältnisse gibt es noch in Lügernburg und in Mecklenburg. Auch in Schwarzwald-Kreis, Westpreußen, Pommern und Posen überwiegt eine 60stündige oder noch längere Arbeitszeit.

In einem besonderen Kapitel sind die Ergebnisse der Erhebung unter Berücksichtigung der einzelnen Städte zergliedert, ein weiteres Kapitel behandelt die Arbeitszeit in den Großstädten. Als Großstädte sind alle Orte mit mehr als 100 000 Einwohnern angesehen worden, außerdem die Orte Mühlhausen im Elsaß, Lübeck und Bielefeld. Von den erfassten 46 342 Betrieben und 1 610 379 beschäftigten Personen befinden sich 21 954 Betriebe — 47,4 Prozent und 998 861 Beschäftigte — 55,8 Prozent in den 45 Großstädten, während sich die übrigen 24 388 Betriebe — 52,6 Prozent und 711 518 Beschäftigte — 44,2 Prozent auf alle übrigen Orte verteilen. Unter den Großstädten steht Berlin mit 1752 Betrieben und 167 105 Personen an erster Stelle, in weitem Abstand hinsichtlich der Personenzahl folgt Düsseldorf mit 42 764, Duisburg mit 33 234, Dortmund mit 35 109, Nürnberg mit 35 005, Chemnitz mit 33 821, Saarbrücken mit 33 402, Leipzig mit 30 031, Dresden mit 28 003, Köln mit 26 864 und Hamburg mit 26 811 Metallarbeitern.

Zu bemerken ist zu diesen Zahlen, daß auch die Betriebe in der näheren Umgebung dieser Städte mitgerechnet wurden. Von den durch die Erhebung erfassten 119 191 wöchentlichen Personen sind in den 45 Großstädten 64 895 — 54,4 Prozent. An erster Stelle steht auch hier Berlin mit 31 791 Arbeiterinnen, genannt werden müssen auch Nürnberg mit 9516, München mit 2860, Dresden mit 2578, Karlsruhe mit 2369 und Leipzig mit 2278 Metallarbeiterinnen.

Um eine klare Uebersicht über die Dauer der Arbeitszeit in den Großstädten gegenüber den anderen Orten zu gewinnen, sind die Ergebnisse in vier Gruppen zur Darstellung gebracht. Danach arbeiten in den Großstädten:

48-54 Std. 5414 Betr. = 24,67 Proz. u. 223550 Pers. = 24,37 Proz.
54-60 " 8415 " = 33,32 " 352132 " = 39,18 "
60 " 6884 " = 26,35 " 255225 " = 28,17 "
mehr als 60 " 1241 " = 4,66 " 47954 " = 5,28 "
Zusammen 21954 Betr. = 100,00 Proz. u. 998861 Pers. = 100,00 Proz.

In den übrigen erfassten Städten und Orten:

48-54 Std. 1916 Betr. = 7,85 Proz. u. 93820 Pers. = 13,18 Proz.
54-60 " 4498 " = 18,45 " 227633 " = 32,08 "
60 " 9875 " = 40,49 " 251683 " = 35,37 "
mehr als 60 " 8099 " = 33,21 " 126132 " = 19,42 "
Zusammen 24388 Betr. = 100,00 Proz. u. 711518 Pers. = 100,00 Proz.

Die Uebersichtlichkeit der Großstädte zeigt sich in diesen Zahlen mit voller Deutlichkeit. Eine Arbeitszeit von mehr als 60 Stunden pro Woche haben in den Großstädten nur 5,66 Prozent der Betriebe und 9,78 Prozent der Beschäftigten, während in den anderen Orten 33,21 Prozent der Betriebe und 19,42 Prozent der Arbeiter mehr als 60 Stunden beschäftigt sind.

Die Feststellungen der Arbeitszeiten in den Gewerbebetrieben gewähren ebenfalls einen guten Einblick in die teilweise noch recht unzulänglichen Verhältnisse einzelner Gewerbebetriebe, auf der anderen Seite als erfreuliche Erscheinung kurze Arbeitszeiten in einer Reihe von Gewerbebetrieben. Am kürzesten sind die Sägen- und Holzwerkzeugbetriebe, in der rund 41 vom Hundert der Arbeiter mehr als 10 Stunden täglich beschäftigt sind, die Metzgerei davon 11 und 12 Stunden. In den Holz- und Sägenbetrieben sind sogar 80 bis 85 Prozent der Arbeiter 12 Stunden täglich in Tätigkeit. Auch in der Schneidwarenindustrie ist der Prozentsatz der Metallarbeiter mit langen Arbeitszeiten ein ziemlich hoher. Außer diesen beiden Hauptgruppen finden wir lange Arbeitszeiten in den Korbweberbetrieben, Steinzeugbetrieben, Porzellanbetrieben und in den Schmiedbetrieben, Silber- und Goldbetrieben.

Eine Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche oder 10 Stunden täglich ist besonders verbreitet in den Aluminiumbetrieben, in den Kupferbetrieben, Blechbetrieben, Schweißbetrieben, Blechbetrieben, Angelbetrieben und Angelbetrieben, in Zellenbetrieben, Blechbetrieben, Blechbetrieben und Blechbetrieben, in Maschinenbetrieben für die Großindustrie und des Maschinenbaus, in Fabriken für Drahtzieher, Zieh- und Ziehbetriebe, in Korbweberbetrieben, in elektrischen Kraftbetrieben und in der Herstellung von Kupferbetrieben.

Erfreulich ist die große Zahl von Gewerbebetrieben, in denen eine Arbeitszeit von weniger als 60 Stunden pro Woche zur Anwendung gekommen ist. Diese kürzere Arbeitszeit besteht in mehr als drei Viertel der betrachteten Nummernbetriebe, Gold-, Silber-

und Aluminiumbetrieben, Fabriken für die Herstellung von Schmuckwaren aus unedlen Metallen, Metallbrüdereien, Spielwarenfabriken, Beschlagfabriken, Nähmaschinenbetrieben, Grabenwerkstätten, Brenner-, Kronen- und Büstenbetrieben, Reizeugbetrieben, Fabrikbetrieben für die Herstellung von Fernsprechanlagen und photographischen Apparaten. Mehr als drei Viertel der Arbeiter sind weniger als 10 Stunden täglich in allen eben genannten Gewerbebetrieben, außerdem in Emballagen-, Schweißbetrieben, Schloß-, Motoren-, Lokomotiv-, Automobil-, Lampen- und Glühbirnenbetrieben, in Zink- und Zinnbetrieben, auf den Schiffswerften, in den Uhrenbetrieben, in der mechanischen und optischen Industrie und in Fabriken für die Herstellung von Stromerzeugungsmaschinen.

Die absolut größte Zahl von Arbeiterinnen wurde mit 30 363 in der elektrischen Industrie festgestellt, in der Gruppe Ueble Metalle wurden 21 343, in der Verarbeitung von Eisen und Stahl 12 581 und in der Edelmetallindustrie 10 931 Arbeiterinnen gezählt. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten umfaßt die Edelmetallindustrie die meisten Arbeiterinnen, rund 30 Prozent der in dieser Industrie beschäftigten Personen sind weiblichen Geschlechts. In der Gruppe Ueble Metalle beträgt diese Verhältniszahl 26,6, in der elektrischen Industrie 25,8, in der Gruppe Lampen und Beleuchtungsgegenstände 24,4, in den Metallwarenbetrieben 22,6 und in den Uhrenbetrieben 22,8 Prozent. Diese Zahlen zeigen, daß die Frauenarbeit in einzelnen Gewerbebetrieben der Metallindustrie einen großen Umfang angenommen hat.

Von den Arbeiterinnen sind 43,3 Prozent bis zu 54 Stunden wöchentlich beschäftigt, 53,4 Prozent arbeiten mehr als 54 bis 60 Stunden. Die Arbeitszeit ist durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung eine kürzere als die der männlichen Personen. Die Erhebung weist jedoch nach, daß den Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle nicht in allen Betrieben Rechnung getragen wird.

Die Erhebung erstreckte sich auch darauf, wie weit in den Fabrikbetrieben an Montagen oder Samstagen eine verkürzte Arbeitszeit besteht. In dem Bestreben, die Arbeit an den Sonnabenden zu kürzen oder den freien Samstagnachmittag einzuführen, sind den deutschen Arbeitern die Arbeiter anderer Länder weit voraus. Besonders in England, in Amerika und in der Schweiz hat sich der freie Samstagnachmittag eingebürgert. Zu der Frage sind aus 14 992 Betrieben und für 1 863 127 Beschäftigte Berichte eingegangen. Eine kürzere Arbeitszeit an Samstagen und an den Vortagen der Festtage besteht in 5886 Betrieben und für 539 751 Beschäftigte. Das sind rund 40 vom Hundert. Die Dauer der Verkürzung beträgt in der Hauptsache eine und zwei Stunden, nur bei 12 vom Hundert beträgt die Verkürzung mehr als zwei Stunden. Das Ideal des freien Samstagnachmittags hat also bis jetzt nur ein geringer Teil der Metallarbeiter erreicht. Künftig werden sich die Forderungen der Arbeiter in dieser Richtung auf das vorliegende Material stützen können, was in einem Teil der Betriebe möglich, kann in dem andern nicht unmöglich sein.

Ueber die Lohnzahlungsperioden sind gleichfalls aus 14 992 Betrieben Berichte eingegangen. 11 912 Betriebe haben wöchentliche Lohnzahlung, in 3080 Betrieben mit 742 394 Arbeitern erfolgt die Lohnzahlung 14-tägig oder monatlich. Für die Arbeiter sind wöchentliche Lohnperioden sicher am zweckmäßigsten.

In besonderen Abschnitten wird in der Schrift die Stellung der Konsumbetriebe, des Zentrums und der Sozialdemokratie zur Arbeitszeitfrage behandelt und mit Systemmaterial wird dargestellt wie weit durch die Selbsthilfe der Arbeiter in den letzten sechs Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wurde, ferner wird dargestellt, wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit für das einzelne Individuum und für die Gesamtheit im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit und Volkswohlfahrt ist. In einem umfangreichen Anhang wird die Arbeitszeit in den einzelnen Orten und nach Landesgebieten, ferner die Arbeitszeit nach Gewerbebetrieben und Gewerbebetrieben tabellarisch dargestellt. Diese Tabellen werden ein wichtiges Nachschlagematerial bilden; für jeden größeren Ort ist die Arbeitszeit in 17 Abteilungen gegeben, die Arbeitszeit in den 100 Gewerbebetrieben ist gleichfalls in 17 Abteilungen nach den Betrieben gegliedert, in die der Verband eingeteilt ist. Die Arbeit liefert einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zur Frage der Arbeitsdauer in der Eisen- und Metallindustrie und es ist nur zu wünschen, daß sie in weiten Kreisen Eingang findet.

Zentrumschriftliche Narretei!

Wer sich mit Schwindeln durch die Welt schlängelt, muß beständig neue Lügen anschieben, damit die alten nicht in sich zusammenfallen, denn Lügen haben in der Regel kurze Beine.

Das Zentrum und seine Anhänger, die „christlichen“ Gewerkschaften, wollen zweites dienen, die nicht im Arbeiterinteresse liegen. Das Zentrum stellt ja hauptsächlich die Dinge so hin, als ob es möglich sei, alle Gesellschaftsklassen mit gleichem Fuß zu segnen und als ob bei der Gleichberechtigung durch das Zentrum besonders auch die Arbeiter ihre Kampfmittel überhand nehmen. In Wirklichkeit sieht das Zentrum nur allem danach, daß das Zentrum, die Großgrundbesitzer, nicht zu kurz kommen und daß sie nichts von ihren Vorrechten einbüßen. Die Masse der mittleren und kleinen Bauern müssen da schon zurücksehen, wie sich bei der Frage der Futtermittelgüter gezeigt wieder zeigt. Wie da auch der Zentrumsvorredner Dr. Heise für die Masse der Bauern auftrat, die überwiegende Zentrumswelt hat ihre schickende Hand über die wenigen Großgrundbesitzer.

Für die Arbeiter steht vom Zentrum des Zentrums schon gar nichts mehr übrig. Zentrum und Zentrumskirche wollen aber zum wenigsten die katholischen Arbeiter für sich gewinnen und in ihrer Gesellschaft behalten. Das bringt ein heftiges Balancieren zwischen Gefahren mit sich, da sich die Arbeiter, auch die katholischen Arbeiter, natürlich nicht willkürlich dazu hergeben, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Darum sind Zentrum und Zentrumskirche ständig dazu verdammt, immer neue Mittelchen ausfindig zu machen, um die Dinge den Arbeitern gegenüber anders zu spiegeln als sie sind. Die ganze W.-Glabbacher Maschinenriehe dient diesen Zwecken.

Es ist uns recht lehrreich und dabei auch pösslich, den Gaultern bei ihrem Spiel auf die Finger zu sehen. Besteht das politische Zentrum aus Jesuiten- und Zentrumschulmeisterbetrieben die Arbeiter im großen Maß, so laßt den katholischen Arbeitern, besonders in Zeiten der Not, der Weg nicht minder als den anderen. Um den Interessen der Arbeiter bei den politischen Kampftagen zugunsten der Republik zu kämpfen, wird den Arbeitern nahegelegt, daß sie ja durch Lohnverweigerung einen „Ausgleich“ bewirken könnten. Wenn auch die Arbeiter bereit sind, in dieser Weise vorzugehen, haben sie wieder mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Katholische Unternehmer behaupten „ihre“ Arbeiter deshalb nicht anders als sonst, wenn auch meist diese „katholisch“ sind. Deshalb darf und will man den Kapitalist nicht unbedingt wehe tun. Zu dem Zweck wird darauf hingewiesen, daß die Lage der Unternehmer ja schlecht sei, um die ganze Höhe der Verzerrung durch Erhöhung der Löhne tragen zu können. Den katholischen Arbeitern wird der Rat gegeben, ihrem Lohn durch die Konsumgenossenschaftliche Organisation eine größere Sicherheit zu geben. So konnte man in den letzten Jahren öfters

lesen. In einem solchen Artikel der zentrumschriftlichen Gewerkschafts-Presse über „Lohnpolitik und christliche Sozialmoral“ wurde zum Beispiel darauf verwiesen, daß es außer der praktisch begrenzten Möglichkeit der Lohnregulierung noch andere Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gebe, deshalb müsse jeder durchgebildete und verständige Gewerkschaftler ein Förderer der Konsumgenossenschaften sein.

Andererseits verlegt sich das Zentrum auch wohl zu dem grotesken Schmeichelei, die Weisheit des Inspektors Bräsig aus dem Rahnsteher Reformverein, daß die Arbeiter von der Pöwete herflamme, in ihr Gegenteil zu verkehren und auszubringen, daß die jetzt herrschende allgemeine Verzerrung von dem — Wohlstand der Arbeiter herrühre! Die Löhne, heißt es, seien derart gestiegen, daß diese gehobene Lage jetzt durch die teuren Zeiten rückwärts! Die in der Luft liegende verrückte Folgerung wäre dann, den Arbeitern auch noch zu sagen, daß es ihnen um so besser gehen würde, je mehr die Löhne wieder — fallen würden!

Die Arbeiter sind nun aber eifrig dabei, auch die Konsumgenossenschaften mehr zu beachten und sie zu großen, leistungsfähigen Organisationen auszubauen. Das paßt nun aber wieder Zentrum und Zentrumschriften durchaus nicht und bald wurde die Zersplitterungsmaschine in Gang gebracht. Denn an starken, wehrhaften Konsumgenossenschaften hat die Zentrumspartei noch viel weniger Gefallen als an mächtigen Gewerkschaften. Großindustrielle möchte sich das Zentrum ja auch gern zulegen, es hat aber davon bis jetzt nur in einigen Landstrichen mehr; Händler und Krämer aber gibt es im Zentrum die schwere Menge. Diese „Interessenten“ verlangen aber, daß die katholischen Arbeiter ihre Groschen zu ihnen bringen, wenn es auch weniger dafür gibt als im Konsumverein. Wägen die Proletarier ihrthalben noch ein bißchen mehr hungern, das Auspoltern sind die ja gewöhnt! So wurde denn auf dem letzten Zentrumsparteitag, dem „Katholikentag“, ein Antrag angenommen, wonach es „zur Erhaltung und Verbreitung des für Kirche und Gesellschaft wohlthätig wirkenden Mittelstandes unbedingt notwendig ist, daß derselbe stets hinreichende Arbeit und Absatz habe“, weshalb der Antrag „unter Hinweis auf das Gebot der Nächstenliebe“ alle Katholiken aufforderte, „bei Vergabung von Arbeiten und bei Einkäufen nach Möglichkeit die Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu unterstützen“.

Also, das ist die Tendenz, soll mit diesem Antrag den „gehörigsten Katholiken“ die Möglichkeit, die Kaufkraft ihres geringen Lohnes zu erhöhen, auch wieder unterbunden werden. Die „christliche“ Liebe für die Arbeiter ist geradezu abgründig. Herauf, herauf und quer und krumm werden die Arbeiter an der Nase herumgezogen.

Doch — schließlich entwickeln die Dinge ihre eigene Logik. Nun sind auch die katholischen Mitglieder der Konsumgenossenschaften in der schwarzen Erde im Westen Deutschlands etwas aufgeteilt worden. In Stolberg bei Aachen wurde eine Konsumgenossenschaft gebildet, die sich bei den Reichstags- und den Landtagskandidaten über deren Stellung zur Konsumgenossenschaftsbewegung erkundigen und ihre Maßnahmen danach treffen will. Das Zentrum kann nun aber bei den Arbeitern nicht zu schweigen wagen, was es ist, sonst bricht der ganze Schwindelbau zusammen. Darum schlug die „christliche“ W.-Glabbacher Zeitung und ihr zentralistischer Nachtrab ob des Vorgehens der katholischen Arbeiter in Stolberg entsetzt die Hände über dem Kopf zusammen: „Als wenn für die Bewertung eines Kandidaten einzig und allein die Konsumvereinsfrage in Betracht käme, Fragen der Weltanschauung aber, wie die Stellung zur Schulfrage und staatsbürgerliche Fragen, vollständig belanglos wären“, ruft das „christliche“ Blatt aus. Es soll also wieder der alte Trick versucht werden, mit dem Ruf: Die Kirche brennt! die katholischen Arbeiter aufzuregen, um ihnen dann noch mehr die Taschen plündern zu können. Indes merken die Arbeiter doch nachgerade, daß der unsaubere Plan immer nur gegen die Arbeiter verfaßt ist.

Doch ihre religiöse Befriedigung und ihre „Weltanschauung“ läßt man den katholischen Arbeitern auch wieder nicht, wenn es den Zentrumsleuten in den Kram paßt. Was wissen die Zentrumschriften nicht jahraus, jahrein über die angebliche „religiöse“ Gefährdung der Arbeiter in den sozialdemokratischen Organisationen? auszubringen. Wie sehr, sollte man diesem falschen Schein nach, meinen, müßten da die Arbeiter bemüht sein, die religiöse Versorgung der katholischen Arbeiter über alles und in erster Linie sicherzustellen. In Wirklichkeit denken die Drahtzieher gar nicht daran. Im Gegenteil, wenn religiös bedürftige katholische Arbeiter nicht zugleich auch durch Eintritt in die „christlichen“ Gewerkschaften der Machtgraber der arbeitgeberbetriebe Zentrums förderlich sein wollen, werden sie aus den katholischen Vereinen herausgeworfen und exkommuniziert, ohne jede Rücksicht auf die Verklammerung der religiösen Interessen.

So teilte einmal die W.-Glabbacher Arbeiter-Zeitung, das Zentrumsblatt in W.-Glabbach, mit, daß Mitglieder des Buchdruckerbundes Hausagitation für den — katholischen Arbeiterverein betrieben. Ihr meint, die Kapitalkrämerin in W.-Glabbach habe sich doch darüber sehr gefreut? Festgelegt! Das Zentrumsblatt setzte an die Spitze der betreffenden Notiz ein warnendes „Aufgepaß!“ Im Betreffsfall sollten nämlich solche „sozialdemokratischen“ Buchdrucker nicht in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen werden oder doch wieder ermittelt werden!

Weiter berichtete das W.-Glabbacher Christenblatt über folgende Vorkommnisse: In Wargloh wurden drei Mitglieder des katholischen Arbeitervereins deshalb ausgeschlossen, weil sie bei einer Gewerbebetriebswahl statt für die „Christlichen“ für die Christ-Dumderßen Kandidaten, die jetzigen Blodhändler der „Christlichen“, eingetreten waren. Diese Aussperrung katholischer Arbeiter vom „Segen“ der ultramontanen „Weltanschauung“ wird plamäßig vorgenommen. Als auf dem dritten Delegiertentage der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Bezirks Herne der Arbeiterverein Holsterhausen den Antrag stellte, einen festen Beisatz herbeizuführen über das Verhalten zu den Arbeitgebern, die zugleich den Christ-Dumderßen oder den freien Gewerkschaften angehörten, erklärte der Bezirkspräsident, „daß solche Mitglieder zum Austritt aus diesen Organisationen aufzufordern seien. Für den Fall, daß der Aufforderung nicht entsprochen würde, müßten die betreffenden Mitglieder ausgeschlossen werden“.

Damit haben wir denn ein Bildchen von dem wunderbaren Preis zentrumschriftlicher Arbeiterfürsorge. Es ist eine fortgesetzte Hanswursthade, ein Kartenpiel! Leert das politische Zentrum dem armen Volke die Taschen, um den Zählern dafür mit vollen Händen zu geben, so sind ja noch die Gewerkschaften da. Wollen sich die Arbeiter da rühren, dann geht es nicht so einfach, denn die Kapitalisten wollen auch leben. Man hat ja auch noch die Konsumvereine. Beginnen die zu erstarren, so besteht man den Proletariats, beim „Mittelstand“ teure Preise zu zahlen, und wenn die Arbeiter den Geld vor den „christlichen“ Gewerkschaften nicht überwinden können, läßt man auch die schillernde Seifenblase der „Weltanschauung“ platzen und die religiöse Seelenlos wird den katholischen Arbeitern gleichfalls verspart!

Wach eine Poffe! X.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie.

V.

Gesundheitsgefahren der Frauenarbeit.

Die Gesundheitsgefahren, die der Frauenarbeit auch in der Metallindustrie drohen, im einzelnen zu schildern, würde in diesem Rahmen zu weit führen. Es soll nur auf die allgemeinen Tatsachen hingewiesen werden, die es ermdlich machen, uns ein einigermaßen klares Bild über die Verhältnisse zu schaffen, um danach ebenfalls die Bedeutung der Frauenarbeit beurteilen zu können.

In England, dem Mutterland der modernen Industrie, hat man zuerst auf diese Schäden hingewiesen, als die ungeheure Ausdehnung auf einer Gefahr für die Nation zu werden drohte. Lord Ashley führte im Jahre 1844 im englischen Parlament aus, daß nach den Aussagen der Ärzte durch das lange Stehen in den Fabriken Verbildungen des Beckens sich einstellten. Die Fabrikarbeiterinnen gebären schwerer; Fehlgelburt, Krampfadern und Geschwülste, alles die Folgen einer mißhandelten Schwangerschaft, stellen sich bei ihnen ungemein häufig ein. „Die Fabrikarbeit bringt höchst bellagende Wirkungen bei den Frauen hervor, besonders wenn sie in gesegneten Umständen sind. Es ist oft die schmerzliche Pflicht des Geburtshelfers, das Leben des Kindes zu zerstören bei den Frauen, die lange Stunden in der Fabrik gearbeitet haben. . . Die Wirkungen der lang fortgesetzten Fabrikarbeit kommen besonders nach der Geburt eines Kindes zum Vorschein. Die Neugeborenen sind unter Durchschneidung der Nabelschnur, haben ein verkümmertes, verkrüppeltes Aussehen.“ Gestalt führte an, daß in Manchester von 100 Kindern 45 unter dem Alter von 5 Jahren starben, das waren 20 Prozent über den Durchschnitt. In den englischen Industriebezirken war die Kindersterblichkeit erheblich höher, als sie im Gesamtdurchschnitt zur selben Zeit in England war.

So zeigten sich mit aller Deutlichkeit die Folgen der Raubbau-Politik der jungen englischen Industrie am Leibe der Arbeiterschaft, besonders an den Trägern der kommenden Generationen in ihrer ungeheuerlichsten Art.

Auch die deutsche Industrie glaubte auf die schrankenlose Ausbeutung nicht verzichten zu können. Sie zeltigte aber auch nahezu dieselben Folgen wie in England. In den Jahren 1871 bis 1873 starben in Augsburg über 65 Prozent der Säuglinge der Fabrikbevölkerung, während von den Säuglingen der übrigen Bevölkerung 43 Prozent starben. In einer Fabrikstadt des Jindauer Industriebezirks starben von den Kindern im ersten Lebensjahr 86 Prozent. In einer andern Fabrikstadt desselben Bezirks betrug die Sterblichkeit unter den Kindern im ersten Jahr 43 Prozent. Nach einer Erhebung der Fabrikinspektoren in Mainz starben von den Kindern der verheirateten Arbeiterinnen, die erst nach ihrer Verheiratung in die Fabrik eintraten, 14 Prozent im ersten Lebensjahr, wogegen bei den Kindern der Arbeiterinnen, die schon vor ihrer Verheiratung in der Fabrik tätig waren, die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr 31 Prozent betrug.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Gewiß ist die körperliche Konstitution des Weibes durchschnittlich eine schwächere als die des Mannes. Gewiß beeinträchtigt der natürliche Beruf als Mutter sie im Erwerbaleben und legt sie mehr eher gesundheitlichen Schäden aus, als den Mann. Das weiß die Frau selbst, aber die bittere Not treibt sie, auch ihre Gesundheit zu opfern, nur um für sich und ihre Lieben die allernützlichsten Existenzmittel beschaffen zu können.

Auf die unheimlich hohen Erkrankungszahlen der Verdauungsorgane ist schon am Schlusse des dritten Artikels (in Nr. 20) hingewiesen worden. In einem noch ungleich höheren Verhältnis stehen die Vergiftungen. In der Gruppe der Metallverarbeitung fielen auf 1000 Personen Vergiftungen:

	Fälle	Krankheitstage
männliche Personen	2,0	45
weibliche	11,2	401

In der Gruppe der Maschinen und Instrumente war das Verhältnis folgendes:

	Fälle	Krankheitstage
männliche Personen	2,4	74
weibliche	12,0	329

Diese Zahlen, die der Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse entnommen sind, lassen die hohe Gefahr der Vergiftungen für die Frauen erkennen, wobei die ungenügenden Ernährungsverhältnisse eine Rolle spielen mögen, sie zeigen aber auch die Gefahr der Vergiftung, die in der Metallindustrie überhaupt besteht.

Nach derselben Statistik ist die Krankheitshäufigkeit der Frauen gegenüber den Männern noch eine beträchtlich höhere bei den Infektionskrankheiten in der Gruppe der Metallverarbeitung und in derselben Gruppe bei den Nervenerkrankungen.

Die angegebene Statistik hat auch die Krankheitsverhältnisse einzelner Berufsarten unterzucht. Die größte Zahl von Nervenerkrankungen trat in den Maschinenfabriken auf. Eine an sich erklärliche Erscheinung. Auf 1000 Personen kamen 32,3 Fälle, wogegen in den Akkumulatorenfabriken nur 11,1 Fälle auftraten. Dafür waren aber in diesen Fabriken die Erkrankungen der Atmungsorgane sehr hoch, 71,8 von 1000 Personen. Merkwürdigerweise tritt aber die Lungentuberkulose unter den Frauen verhältnismäßig weniger auf, als unter den Männern. Nach Dr. Elben waren in Bergbau und Industrie in Württemberg in den Jahren 1899 bis 1901 an Lungentuberkulose von 100 Gestorbenen 34,9 Männer und 27,4 Frauen.

Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Metallindustrie erweisen sich als außerordentlich beklüßend. Das zeigt sich auch besonders dann, wenn wir zu den Betrachtungen zurückkehren, von denen wir ausgegangen waren, als wir die ungünstigen Geburten- und Kindersterblichkeitsverhältnisse kennen lernten. Nach der Leipziger Statistik entfielen auf 1000 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder im gebärfähigen Alter (15 bis 54 Jahre):

Berufsgruppen	Wochenent mit Krankheit	Frühgeburten
Im Gesamtdurchschnitt	11,7	7,1
Gastwirtsgeerbe	4,7	3,8
Bekleidung und Reinigung	8,0	4,5
Chemische Industrie	16,1	9,5
Holz- und Schnitzstoffe	20,4	12,9
Metallverarbeitung	23,9	16,2
Maschinen und Instrumente	21,4	16,6
Papierindustrie	16,8	8,4
Textilindustrie	19,8	12,4

Hier steht die Metall- und Maschinenindustrie an erster Stelle; zum Teil sogar um das Doppelte über dem Gesamtdurchschnitt. Mag diese Auffassung auch mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein und mag man auch über den Wert einer Erhebung in einer einzigen größeren Stadt verschiedener Meinung sein können, das eine ist sicherlich nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Metallindustrie schwere Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter, noch mehr aber für die Arbeiterinnen im Gefolge hat, denen die Arbeiterschaft in ihrem eigenen und dem Interesse des Gesamtvolkes zu begegnen hat.

Massentungebung der Werft- und Metallarbeiter von Kiel und Umgegend.

(Schluß.)

Und so wie es in Friedrichsort ist, so ist es auch auf den Werften.

Auf der Kaiserlichen Werft in Kiel betreibt nun seit ein paar Jahren der Vorstand des „Nationalen“ Arbeitervereins sein Spitzel-System. Der Vater dieses Vereins ist der frühere Gewerberat F i n k. Dieser Herr hat es verstanden, den Herrn v. U e b o m in vollkommenen den Bann zu nehmen und die Mitglieder des blauen Vereins gegen die Organisten aufzuheben und zu Spitzeln zu erziehen. Und auch den letzten Konteradmiral S e n k e l hat er im Laufe der Zeit sehr beeinflusst; vor Jahresfrist hat dieser Herr noch sehr vernünftige Ansichten gehabt, bei der Werftarbeiterbewegung verhandelte er in drei Sitzungen mit dem Kollegen Garbe und anderen Kollegen. Die Maßnahme dieses Herrn, die die jetzige Protestersammlung mitveranlaßt hat, ist nur auf die Beeinflussung der Gelben und ihrer Hintermänner zurückzuführen. Was man den sieben gemäßigten Leuten zur Last legt, ist so belanglos, daß man sie deshalb nicht entlassen konnte. Die Proteste werden aber so aufgejagt, daß aus den unschuldigsten Sachen Räubergerüchte werden. Da wird behauptet, daß die Kollegen sozialdemokratische Agitation betrieben haben. Nachweisen kann man in dieser Beziehung aber rein gar nichts. Dem einen Kollegen, der schon 20 Jahre auf der Werft beschäftigt und diensttuender Werftführer war, wird zum Vortritt gemacht, daß er Terrorismus ausgeübt habe. Und doch hat dieser Kollege weiter nichts getan, als einen seiner Mitarbeiter gefragt, ob er im Verbands sei. Als man den Kollegen keine Gelegenheit geben wollte, sich zu rechtfertigen, ist für sie von dem Kollegen G a r b e eine Eingabe gemacht worden (man hatte nur einen Kollegen als Ausschußmitglied gestattet, sich zu rechtfertigen). Diese Eingabe (vom 25. Oktober 1911) an den Ober-Werftdirektor lautete: „Die Arbeiter (folgen sechs Namen) teilen mir mit, daß sie angeklagt wegen politischer Agitation gekündigt sind. Auf Befragen bestreiten die Leute aber ganz entschieden, diesbezügliche Agitation betrieben zu haben. Auch in gemeinschaftlicher Beziehung wollen sie sich in keiner Weise irgend welche Ungehörlichkeiten zu schulden haben kommen lassen. Die gekündigten behaupten weiter, daß die Protokolle in einseitiger Weise zu ihrem Nachteil aufgestellt sind. Weiter sagen sie aus, daß die Oberwerftdirektion es ihnen nicht gestattet, sich wegen der nach ihrer Ansicht unzureichenden Anlagen zu rechtfertigen. Nur dem Ausschußmitglied Köpfer sei es gestattet worden, seine Gegengründe vorzutragen. Daß im Laufe der letzten Jahre verschiedene Elemente daran arbeiten, daß die organisierten Arbeiter geschädigt werden, ist schon oftmals erwiesen. Auch jetzt ist es, daß man mit allen Mitteln versucht, die organisierten Arbeiter von der Werft fernzuhalten, als wenn die aufgeregten Arbeiter nicht auch ein Recht hätten, Lohn und Brot zu haben! Daß aber Leute, die in jeder Beziehung betreffs Arbeit jahrelang ihre Schuldigkeit getan haben, auf bage Denuntiation hin, einfach ohne stichhaltige Gründe gemahregelt werden könnten, das haben wir bisher nicht für möglich gehalten. In jedem Betriebe, der Anspruch macht, als moderner Betrieb zu gelten, wird den Arbeitern das Recht zugestanden, sich gegenüber eventuellen Anlagen zu rechtfertigen und zu verteidigen. Dieses Recht hat man bisher auch den Arbeitern auf der Kaiserlichen Werft zugestanden. Wir erlauben uns die Anfrage, ob dem Herrn Oberwerftdirektor denn noch nicht der Gedanke gekommen ist, daß man bei dieser Affäre, wo doch von der Oberwerftdirektion das Recht gekündigt werden soll, diesmal das Unrecht zur Geltung kommen läßt? Ist man der Ansicht, daß durch die getroffenen Maßnahmen dem sozialen Frieden gebient wird? Der Herr Oberwerftdirektor war doch im Vorjahre, wo der Kampf der Werftarbeiter tobte, bemüht, die Verhandlungen zum Frieden zustande zu bringen! Damals, Herr Oberwerftdirektor, dienten Sie dem sozialen Frieden! Heute sind Sie von Ihren Unterbeamten schlecht beraten. Daß die jetzigen Vorkommnisse nur erbitternd wirken müssen, ist doch nicht zu bestreiten. Im Interesse der Werft liegt es aber doch nicht, wenn die Arbeiter zu der Ansicht kommen müssen, daß sie ihr Recht nicht finden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Darlegungen dazu beitragen, daß das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, für die Zukunft nicht weiter angetastet wird, denn ohne Organisation ist es nicht möglich, daß die Arbeiter ihre Interessen vertreten können. Ohne Verfammlungen sind die Arbeiter außer Stande, sich über die benötigten Maßnahmen zu beraten, die geeignet sind, ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dieses ermordete Recht werden die Arbeiter sich nicht nehmen lassen. Da werden sie alles aufbieten, um dieses Recht zu verteidigen! Indem ich dieses der geehrten Direktion mitteile, gebe ich mich der Hoffnung hin, auf mein Schreiben eine Antwort zu erhalten, die geeignet ist, die erregten Gemüter zu beruhigen. Wir für unsere Teil werden alles aufbieten, um den Frieden wieder herzustellen.“

Infolge dieser Eingabe hat man wegen eines Kollegen nochmals eine Untersuchung angeordnet und eine Ausschüßung einberufen. In dieser Sitzung wurde dem Ausschuß vom Oberwerftdirektor erklärt: „Ich habe in letzter Zeit gegen Arbeiter des Artillerieressorts einschreiten müssen, da sie gegen die Arbeitsordnung der Kaiserlichen Werft verstoßen haben. Es ist mir gemeldet worden, daß diese Arbeiter verhaftet haben, durch agitatorische Tätigkeit auf der Werft den Frieden unter den Arbeitern zu stören. Da dies einwandfrei festgestellt ist, habe ich diesen Arbeitern auf Grund des § 1 Abs. 1 der Arbeitsordnung kündigen müssen. Ich kann eine Agitation auf der Werft, durch welche Arbeiter gezwängt werden sollen, einem Verbands beitreten zu sollen, unter keinen Umständen dulden. Ich werde dies k e i n e r Partei zugehen und erwarre, daß die Arbeiter der Kaiserlichen Werft das Vertrauen zu ihrem Oberwerftdirektor haben, daß er durchaus unparteiisch darin vorgeht. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter kommt hierbei gar nicht in Frage, die Arbeiter können Vereinen beitreten und Versammlungen abhalten wie bisher. Wenn sie in solchen Versammlungen Wünsche formulieren, die sie bei mir vorbringen wollen, so kann ich diese natürlich nur dann annehmen, wenn sie tatsächlich nur von Arbeitern der Kaiserlichen Werft ausgehen. In solchen Versammlungen können auch nur Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Wort kommen, wie ich dies dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses im Frühjahr gesagt habe. Wie ich im allgemeinen über die Arbeiterfrage denke, ist Ihnen bekannt, meinen Standpunkt habe ich Ihnen zu Beginn meiner Tätigkeit als Oberwerftdirektor ausgeprochen und dieser daran festgehalten.“

Mit gutem Sumor wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß der Gewerberat Dr. B r a u n gesprochen habe, wenn die Gelben auf der Werft eine Agitation unternehmen würden, solle ebenfalls unparteiisch vorgegangen werden. — Dem Kollegen Garbe wurde auf seine Eingabe am 25. Oktober 1911 folgende Antwort des Herrn Konteradmiral Senkel zuteil: „Von Ihrer Zuschrift vom 25. dieses Monats habe ich Kenntnis genommen. Auf eine Erwiderung der darin enthaltenen Vorgänge kam ich nicht entgegen, da es sich um interne Werftangelegenheiten handelt. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wird dadurch in keiner Weise berührt.“

Nach Verlesung dieser Antwort führte der Kollege G a r b e in der Versammlung am 29. Oktober folgendes aus: „Wir wollen annehmen, daß das, was Herr Senkel sagt, seine Meinung ist. Wenn man aber das, was sich im Laufe der letzten Jahre auf der Werft abgepielt hat, an jenem gelbigen Auge vorüberwerfen läßt, so kann man auch zu einer andern Ansicht kommen. Sie wissen alle, daß wir im Jahre 1909 den Ausschuß damit beauftragten, betreffs des gelben Arbeitsschusses vorstellig zu werden. Die Antwort, die darauf erfolgte, wurde von uns ausführlich beantwortet. Wir sagten darin: „In dem Antwortschreiben des Admirals v. U e b o m an den Ausschuß heißt es nun unter anderem im Absatz 3: „Daß es nach Vorlesung nicht zutrifft, daß mit dem Nationalen Arbeitervereine Abmachungen getroffen sind, nach denen ihm der Arbeitsschuss für die Werft zugefallen ist, beziehungsweise zuzufallen soll. Auch steht die Behörde den inneren Vorgängen vom Nationalen Arbeiterverein, von denen dieser seine Empfindungen ebendarg macht, fern.“ Auf Grund dieser Ausführungen gaben die Arbeiter sich dann

aufrieben. Es wurde Abstand davon genommen, im Reichstage die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Dieses geschah auch deshalb, weil die maßgebenden Personen sich sagten, wenn Herr v. U e b o m in einem Schreiben eigenhändig versichert, daß kein Abkommen mit dem Nationalen Arbeiterverein getroffen ist, dann haben wir keine Veranlassung, an diesen Worten zu zweifeln. Und da wir als Gewerkschaftsführer und verantwortliche Personen nun einmal der Meinung sind, daß, wenn Verhandlungen zu einem für die Arbeiter zufriedenstellenden Resultat geführt haben, die Angelegenheit für uns und die Arbeiter erledigt ist, so haben wir auch Veranlassung genommen, die Arbeiter zu beruhigen. Dies unser Verhalten lag im Interesse der Arbeiter, wie auch in dem des Staatsbetriebes. Nach kurzer Zeit kamen aber wieder verschiedene Beschwerden zu unserer Kenntnis, die darauf hindeuteten, daß es auf der Werft Leute gibt, und speziell die Herren des Nationalen Arbeitervereins dürfen dazu gehören, denen es darauf ankommt, den Unfrieden auf der Werft unter den Arbeitern zu fördern. Als Staatsbürger und Steuerzahler sowohl gegenüber dem Reich wie auch gegenüber der Stadt Kiel haben die Mitglieder der freien Gewerkschaften nach unserer Ansicht das gleiche Recht, wie alle anderen Arbeiter, auf der Werft beschäftigt zu werden; selbstverständlich, wenn Arbeit vorhanden ist. Die Ansichten des Leiters des Nationalen Arbeitervereins scheinen aber in dieser Hinsicht anders zu sein, denn es wurde den Arbeitern, die bei ihm um Arbeit nachfragen, gesagt: „Eingestellt werden Sie nur, wenn Sie Mitglied des Nationalen Arbeitervereins werden.“ Diese Tatsachen haben wir schon früher bekannt, für unsere jetzige Behauptung können wir Zeugen anführen; sind auch bereit, falls es gewünscht wird, Namen zu nennen. Aber noch ein anderes ist es, weshalb wir uns erlauben, mit einem Schreiben uns an die Oberwerftdirektion zu wenden. Folgender Wortlaut eines Schreibens ist uns übermittelt: 17. April 1909. Herr Oberleutnant Schulz, Munitionsdepot Friedrichsort. Mit der Bitte, Ueberbinger dieses Schreibens einzustellen, derselbe ist Referent und der Erdrührer einer Mutter. Zugleich unterbreitet Unterzeichneter Herrn Oberleutnant die Bitte, von dem oben genannten Verein Arbeiter einzustellen. Wir haben seit einem Jahr das Ueberbinderkommen mit dem Herrn Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft, Eckellens v. U e b o m, getroffen, auch auf der Werft nationalgesinnte Leute anzustellen, um so dem Ueberhandnehmen und alle Ordnung zerstörenden Einfluß der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften entgegenzutreten. Achtungsvoll C. U. M e h e r, Dirigent des Arbeitsschusses Ueberb., Frenenallee. Der Inhalt dieses Schriftstückes ist geeignet, das, was Herr v. U e b o m jetzzeitig dem Arbeitsschuss gegenüber ausführte, vollkommen als falsch hinzustellen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn bei den Arbeitern nach diesem und verschiedenen sonstigen Vorkommnissen die Ansicht aufkommt, daß ein Abkommen der bezeichneten Art mit den Leitern des nationalen Arbeitsschusses besteht, wenn auch vielleicht ohne Wissen des Herrn v. U e b o m.“

Wir sagten jetzzeitig in unserer Eingabe weiter: „Da man sich aber in dem mitgeteilten Schreiben auf den Herrn v. U e b o m beruft, dürfte es jedenfalls im Interesse des sozialen Friedens liegen, wenn der in dem Schreiben aufgestellten Behauptung offiziell entgegengetreten würde; denn darüber gebe man sich keiner Täuschung hin, daß die ganze, den Frieden zerstörende Arbeit der Nationalen nur beruht, das Gros der Arbeiter zu empören und auflässiger zu machen. Ob dies im Interesse eines Reichsbetriebes liegt, das möchten wir verneinen.“

Wir sagten weiter: „Sterblich könnte die geehrte Direktion sich vielleicht erkundigen bei der Direktion der Sozialistische befragen. Diese würde bekunden, daß die Taktik des Herrn L a b e s — des damaligen Direktors der Werke und Vater des gelben Vereins — nur schädigend für die Werft gewirkt hat, daß aber jetzt, nachdem der Herr L a b e s gehen mußte und demzufolge seine friedensstörende Arbeit eingestellt hat, zwischen den Organisierten und Unorganisierten Frieden herrscht! Desgleichen würden dort jetzt die etwa vorkommenden Differenzen friedlich geschlichtet.“

Zum Schlusse sagten wir in der Eingabe: „In Erwägung, daß es im Interesse der Kaiserlichen Werft liegt, wenn die Direktion von dem Tun und Treiben des Vorsitzenden des nationalen Arbeitsschusses und der Haltung des Vorstehers des Arbeitsschusses Kenntnis erhält, übermitteln wir dieses Schreiben. Darüber, daß der Vorsteher des Arbeitsschusses mit dem Vorsteher des nationalen Arbeitsschusses nach einem Prinzip Hand in Hand arbeitet, besteht kein Zweifel, da es sonst nicht möglich wäre, daß Arbeiter, die Mitglieder des Nationalen Arbeitervereins werden, Arbeit bekommen. Wenn die Väter dieser ganzen Taktik glauben, den gemeinschaftlichen Organisationsabbruch zu tun, so irren sie sich. Jetzt in der Zeit der Krise mag ja vielleicht der eine oder andere unter dem Druck einer langen Arbeitslosigkeit sich bereit finden, seine Gestimmung im Interesse seiner Familie zurückzusetzen; die Zukunft wird aber lehren, daß die große Zahl der Organisierten sich dieses Spiel ebenfalls wertig gefallen läßt, wie es jetzzeitig die Sozialistischen Arbeiter gegenüber dem Herrn L a b e s getan haben! Würde unsere Ansicht von der Direktion geteilt und von ihr den einzelnen Herren zu Gemüte geführt, so wäre das nicht zum Schaden der Werft. Speziell wäre es gut, wenn Herr v. U e b o m dem Rechnung trüge, und zwar deshalb, weil dieser Herr sehr oft der Vertreter des Herrn v. U e b o m ist.“

Auf dieses Schreiben ist bis jetzt keine Antwort erfolgt. Herr Senkel sagte nun gegenüber dem Ausschuß, daß er ja nicht für das verantwortlich gemacht werden könne, was sich bei früheren Fällen zugegetragen habe. Diese Worte sind zutreffend. Wie steht es denn aber mit folgendem: An die Referenten, die durch ihren Kommando-führer um Arbeit haben nachfragen lassen, wurde im September 1911 folgendes Schreiben gefandt:

„Sie können hier bei der Kaiserlichen Werft als Schmieb mit einem Anfangslohn von 40 S eingestellt werden, sofern Sie bei der ärztlichen Untersuchung durch den Werftoberarzt für gesund und einstellungsfähig erachtet werden. Meldung unter Vorzeigung dieses Schreibens sowie Ihrer Papiere bei dem nationalen Arbeitsschuss in Kiel, E l l e n b e d, F r a n z i u s - a l l e e 129. Reisekosten werden nicht vergütet.“

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Arbeiter vom Arbeitssamt der Werft eingestellt ist; aber trotzdem muß der Mann noch den Nachweis der Gelben passieren. Wenn das keine Bevorzugung der Gelben ist, dann weiß man nicht, was es sonst sein soll. Nebenher sagte: Ich will nun gerne annehmen, daß Herr Senkel von alledem nichts weiß, denn daß die Herren nicht über alles informiert sein können, hat ja der Werftprozess zur Genüge bewiesen. Hier gilt es jetzt aber, Farbe zu bekennen und zu beweisen, daß man die Taten des Arbeitssamtes beurteilt und endlich dafür Sorge trägt, daß dieses Amt unter Mitkontrolle des Arbeiterausschusses gestellt wird. Auch den Herren in der K e s s e l s c h m e d e muß das Sanftmütig gelegt werden. Dort werden die Arbeiter von den Leitern und Ingenieuren gerufen und es wird den jungen Leuten direkt gedroht, Aussagen zu machen, wozu sie gar nicht in der Lage sind. Da heißt es einfach: Sie müssen ausgeben, daß auch auf Sie ein Druck ausgeübt worden ist, sich zu organisieren etc.

Garbe teilte noch mit, daß zwei der Kündigungen wieder aufgehoben worden sind, während die anderen bestehen bleiben sollen. Es wäre verfehrt gehandelt, hierauf mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung auf der Werft zu antworten. Er empfahl vielmehr die Annahme der nachfolgenden Resolution:

„Die heute in der Waldwiese versammelten Arbeiter der Kaiserlichen Werft und der übrigen Betriebe der Metallindustrie in Kiel neyemen Kenntnis von den Verhandlungen des Oberwerftdirektors mit dem Arbeiterausschuss. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Verfassungen der entlassenen Arbeiter dieser Werft keine solchen waren, daß sie die Entlassung nach der Arbeitsordnung als gerechtfertigt erachten lassen. Die Versammelten erwarten deshalb, daß den zur Entlassung Bekommenen, wenn sie später wieder auf der Werft in Beschäftigung treten wollen, keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Versammlung erwartet weiter, daß die Direktion der Werft werft Maßnahmen trifft, daß jede direkte oder auch indirekte Einwirkung durch den Nationalen Arbeiterverein auf den

Arbeitsnachweis unterbleibt. Die Werk- und Metallarbeiter Stets und der Umgebend nehmen für sich das Recht in Anspruch, bei der Beschäftigung auf der Reichswehr in gleicher Weise berücksichtigt zu werden, wie die Mitglieder des Nationalen Arbeitervereins. Die Versammelten erklären jedoch, daß sie, unbekümmert um alle Maßnahmen, treu zur Organisation halten und mit allen Mitteln danach trachten werden, sie zu stärken.

Nachdem noch der Genosse Kunze sich im Sinne des Kollegen Garbe ausgesprochen hatte, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Nach einem Schlußwort des Referenten und einem dreimaligen begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die imposante Kundgebung. Der Vertreter des siebten Wahlkreises, Genosse Karl Legien, war zu Anfang ebenfalls in der Verammlung anwesend. Er konnte jedoch nicht mehr zu Worte kommen, weil er nachmittags in einer Versammlung in Rendsburg zu referieren hatte.

Der „christliche“ Metallarbeiterverband — ein Abzahlungsgeschäft.

Entlarvt als ein Mensch, der in höchst leichtfertiger Weise unwahre Behauptungen über unsere Organisation: aufgestellt hat, ist nun endlich Laver Ruhn, Bezirksleiter des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes. Laver Ruhn in Pforzheim hat mehrmals die Stirn gehakt, uns den Vorwurf zu machen, ein ehemaliges Mitglied unseres Verbandes hätte keine Streckunterstützung erhalten, trotzdem L. selbst fast drei Wochen ausgeperrt gewesen sei. Da es vollständig ausgeschlossen ist, daß mit unserem Wissen derartige Sachen bei uns vorkommen können, so forderten wir den Herrn Ruhn auf, uns den Namen des betreffenden Mitgliedes zu nennen. Ruhn tat dies jedoch nicht, er fand vielmehr erst dann die Sprache, als wir ihn aufforderten, uns an Gerichtsstelle Gelegenheit zu geben, Beweise dafür zu liefern, in wie leichtfertiger und leichtfertiger Weise er Behauptungen aufstellt und verbreitet. Ruhn gab uns jedoch diese Gelegenheit nicht, er verzichtete darauf, sich vom Gericht noch befähigen zu lassen, wie leichtfertig er Dinge behauptet, die jeder Grundlage entbehren; er hat wahrscheinlich seinen Reimfall im voraus gemerkt. Des weiteren behauptete der Nachfolger des Herrn Engel, daß wir den Namen des betreffenden Arbeiters, der von uns keine Unterstützung erhalten haben soll, sehr genau kennen. Demgegenüber über stellen wir fest, daß auch hieran kein wahres Wort ist. Die Anlagenschrift, die wir veröffentlichten, war einem Bierfahrer zugestellt worden, der nach seiner Aussage niemals Mitglied unseres noch des Zentral-Metallarbeiterverbandes gewesen ist. Die Anlagenschrift war an Michael Müller, St. Georgenstraße 31, adressiert, eine Wohnung, die es in Pforzheim nicht gibt.

Nun behauptet Ruhn in Nr. 268 des Pforzheimer Anzeiger, daß das ehemalige Mitglied unserer Organisation Michael Müller, Hilfsarbeiter bei Rollmar & Jourdan, es sei, der von uns keine Unterstützung erhalten habe. Wir stellen demgegenüber fest: Der Hilfsarbeiter Michael Müller bei Rollmar & Jourdan, eingetreten unter der Hauptbuchnummer 386545 am 25. Oktober 1908, übergetreten zum „christlichen“ Metallarbeiterverband, ist am 18. November v. J. bei genannter Firma ausgeperrt worden und hat von unserer Organisation für 13 Tage 22 Mark 50 Pfennig Streckunterstützung erhalten. Derselbe ist am 4. Dezember 1910 bei uns ausgetreten und bis auf den heutigen Tag uns ferngeblieben. Also auch die Behauptung, er sei heute wieder ein Schlingling unseres Verbandes, ist eine ganz leichtfertige Behauptung. Was heißt das aber Leute wie Ruhn, die nach dem Motto handeln: „Verleumde nur kühn drauflos, etwas bleibt doch hängen.“

Bereits in einer Versammlung in Eslingen am 7. Mai haben wir dem Ruhn gesagt, daß er ein Zentralgewerkschafts-Mitglied ohne jede praktische Erfahrung ist. Dies beweist er auch jetzt wieder. Weil die Unterstützung bei dem Hilfsarbeiter Michael Müller nicht in das Mitgliedsbuch eingetragen ist, deshalb hat er nach der Ansicht von Ruhn auch keine Unterstützung erhalten. Diese Bemerkung beweist, daß Herr Ruhn auch nicht die geringste Kenntnis von der Abwicklung der Geschäftsbücher bei Lohnbewegungen hat, sonst müßte er wissen, daß es unmöglich ist, wöchentlich circa 8000 Unterstützungen in den Mitgliedsbüchern zu registrieren. Er müßte dann wissen, daß diese Eintragungen — die Unterstützungen werden vom Empfänger auf besonderen Formularen quittiert — am Schluß einer Bewegung in die Mitgliedsbücher eingetragen werden. Ein schlechteres Zeugnis als „Praktiker“ hätten selbst wir dem Ruhn wohl nicht ausstellen können, wie er es sich durch seine mißlungenen Ausrede selbst ausgeht.

Die von Ruhn sonst gemachten Ausfälle schenken wir ihm. Wir bemerken nur noch, daß es bis jetzt bei uns noch keinen Fall gegeben hat, daß Streckunterstützungen auf die Quittungen mit Bleistift eingetragen worden sind. Bei uns können die daraus Resultate auch nicht behauptet, je kein Bleistift, ehe nicht zu bestätigen, daß je die mit Bleistift eingetragenen Unterstützungen nicht erhalten haben! Dies wurde aber auf dem Amtsgericht Pforzheim am 12. Oktober 1911 vor dem großherzoglichen Amtsrichter Herrn Dr. Feinshemer gegenüber dem vom Zentral-Metallarbeiterverband zum Beweise der Berechtigung seiner Klage vorgelegten Quittungen behauptet.

An ein solches „Geschäftsgebaren“ können wir natürlich nicht heran, denn wir tragen keinerlei Unterstützungen mit Bleistift ein, dies überlassen wir den „Christen“. Jedenfalls kann ein solches Geschäftsgebaren zu allerlei Vermutungen Raum geben.

So, Herr Ruhn: nun ist bewiesen, daß Sie durch Ihre leichtfertige Handlungsweise, die geradezu an Verleumdung grenzt, Unwahrheiten behauptet und verbreitet haben. Wir raten Ihnen, abgesehen von dem beschrittenen Wege, damit Sie nicht auch noch ein so unruhiges Gede nehmen wie Ihr Vorgänger Engel! ha.

Das Genossenschaftswesen.

Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*, das jede mögliche Auskunft über die Entwicklung und den Stand des deutschen Genossenschaftswesens im allgemeinen und über die Konsumvereine im besonderen für das Jahr 1910 gibt, ist vor kurzem wiederum in zwei starken Bänden mit über 2000 Seiten Inhalt herausgegeben. Wenn man feststellt, daß das sorgfältig redigierte Jahrbuchergebnis allein 16 Seiten Leitwörterformat beansprucht, dann kann man sich eine ungefähre Vorstellung von der Wichtigkeit dieser Genossenschaftsbüchel machen. Die Einleitung des Ganzen weist wie üblich der Bericht des Vorstandes, dem der des Gesamtberichtes über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 folgt. Was in einem solchen Bericht nicht alles untergebracht werden kann! Zum Beispiel: I. Sozialpolitik und Genossenschaft mit 20 Unterkapiteln, die unser ganzes Wirtschaftsleben vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus durchleuchten und eine Anzahl sozialer Belehrung bieten. II. Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften mit 19 Unterkapiteln, die des Herden und Herdes der Konsumvereine und sonstiger Genossenschaften schildern. Die Kämpfe der wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine, die Stellungnahme der politischen Parteien zu den Konsumvereinen, die Kritik von Sozialdemokraten, die Warenpreise u. s. w. zeigen einen Stoffreichtum, den man hinter den Rücken der sozialgenossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung gar nicht sieht. Der ihn einmal inselnd bearbeitet hat, wird nicht mehr von den „Konsumvereiner“ mit der nachlässig negierenden Handbewegung „reden“, wie es

lethrin wieder einmal im — Vorwärts geschah. Denn diese Kapitel weisen schwere praktische Arbeit aus, die in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse, im ganzen aber der deutschen Volkswirtschaft zugute kommt. Und dazu noch gemeinwirtschaftliche Arbeit. Die Haupttraktat, III. Die Steuergesetzgebung gegen die Konsumvereine mit 8 Unterkapiteln spricht für sich schon „Bände“ und es ist daher nicht nötig, noch besonders über deren Inhalt zu sagen. Die Haupttraktat, IV. Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände 1908/09 enthält die wichtigsten geschäfts- und entwicklungsstatistischen Analysen, die dem Wirtschaftsforscher über das Genossenschaftswesen unentbehrlich sind. Welches Material hierin „verflaut“ ist, geht aus dem dazugehörigen Tabellenwert hervor, das nicht weniger als 17 selbständige Tabellen auf 28 Seiten umfaßt. Mit der Haupttraktat, V. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung und der Zentralverband deutscher Konsumvereine kommt man zu der eigentlichen Aufgabe des Jahrbuches, Aufschluß zu geben über den Stand und die Entwicklung des deutschen Konsumvereinswesens. Das ist, was die Arbeiterkonumenten am allermeisten interessiert, wenn damit natürlich keineswegs gefagt werden will, daß die vorgängigen Abschnitte etwa weniger wichtig wären. Im Gegenteil. In 19 Unterkapiteln findet man gewissermaßen anatomische Exkursionen über „Bau und Zusammenbau“ dieses Genossenschafts, die durch ein Knochengeriße von Zahlen in 85 Tabellen eingehender veranschaulicht werden. Die Tabellen allein umfassen 150 Seiten und niemand wird daher verlangen, daß man auch bei dieser Beschreibung auf „Einzelheiten“ eingehe. Unsere Metallarbeiter-Zeitung ist sowieso nie arm an — Zahlen.

Da jedoch immerhin ein bißchen Bedürfnis für statistisches Material vorhanden sein dürfte, so möge nach dem Jahrbuch festgestellt sein, daß die gesamte deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1911 einen Mitgliederstand von 1 750 000 Personen in 2400 Vereinen repräsentierte, wovon im Zentralverband deutscher Konsumvereine 1151 Vereine mit 1 250 000 Mitgliedern organisiert sind. Rechnet man, wie sich's gehört, die Konsumvereinsmitglieder als Familieneinheiten von 4,7 Köpfen nach dem Durchschnitt der letzten Volkszählung, so kommt man auf 8 1/2 Millionen Personen der deutschen Bevölkerung — 13 Prozent, die in die genossenschaftliche Warenversorgung einbezogen sind. Diese Tatsache ist sehr lehrreich, denn sie zeigt, daß die genossenschaftlichen Entwicklungstendenzen schon eine recht breite und darum beachtenswerte Grundlage besitzen, womit die reichsten Entwicklungsmöglichkeiten vor selbst gegeben sind. Der Umsatz der deutschen Konsumvereine in ihren eigenen Geschäften betrug 417 Millionen Mark (Zentralverband: 326 Millionen), die Eigenproduktion 64 Millionen (54 Millionen), die Warenbestände 60 Millionen (44 Millionen). Der Wert des Grundbesitzes beträgt 76 Millionen (65 Millionen), denen n. 33 Millionen (33 Millionen) Hypothekendarlehen gegenüberstehen. An eigenem Kapital sind 47 Millionen (34 Millionen), Spareinlagen und Hausanteile 37 Millionen (32 Millionen) vorhanden, und das finanzielle Erträgnis beläuft sich auf 43 Millionen (21 Millionen), ungerechnet des wirtschaftlichen Reizes, den die Mitglieder dadurch erzielen, daß sie einwandfreie, gute Waren in vollem Gewicht zu einem angemessenen Preise erhalten und willkürliche Preissteigerungen ausgeschlossen sind. Es ist tatsächlich eine reale Wirtschaftsmacht, die sich in diesen Zahlen ausdrückt. Außerdem gibt es in der heutigen Konsumvereinsbewegung über 20 000 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, und wenn die deutsche Arbeiterklasse will, in wenigen Jahren Hunderttausende, die in genossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieben eine gesteuerte Existenz finden.

Daß dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine Unterstützungslasse, eine Verlagsanstalt, eine Papiertorenfabrik angegliedert sind, daß die Arbeitsverhältnisse seiner Vereine durch ein genossenschaftlich-genossenschaftliches Tarifamt geregelt und überwacht werden, wissen die Leser der Metallarbeiter-Zeitung aus den zeitweiligen „Monographien“, die in ihrem Blatt über diese Einrichtungen veröffentlicht werden. Dazu gehört auch noch die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit ihren 3 Zigarrenfabriken, der großen Seifenfabrik, einer Jindholzfabrik (seit kurzem) und einem Umsatz von 100 Millionen Mark, der in diesem Jahre sicher zu erwarten ist. Wer noch mehr wissen will — und Schaden bringt es keinem Gewerkschaftsmitglied, Rufen aber den allermeisten —, um der vertieft sich eben in das Jahrbuch selbst und besonders in den Abschnitt V. Was nach diesem hier kurz skizzierten Abschnitt folgt, sind mehr innere Organisationsfragen, Finanzfragen, Berichte über den Genossenschaftstag in Leipzig (1911), über Geschäftsjahr und Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Hamburg und ein besonderer Anhang über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von 1867 bis 1910, der jetzt in drei selbständige Reihenbände eingeteilt wurde. Für den Wirtschaftshistoriker eine ganz interessante Studie.

Nun haben wir aber bis jetzt nur den ersten Band fertig. Und, wie gerne angegeben werden soll, angehängt des massenhaften Stoffes noch unvollständig. Aber „alles übrige“ mag aus guten Gründen den Arbeitelern zum Selbststudium überlassen bleiben. Darunter auch der ganze zweite Band, der die Berichte über die einzelnen Reihenbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine enthält, die ein reiches und praktisches Wirtschaftsleben widerspiegeln.

Ja, das Leben ist in jedem Flak. Greift nur hinein — wo ihr's empfindet, da ist's interessant.“ Auch im neunten Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Soche meinte zwar den Griff ins helle Neufgelenke. Das mag allerdings noch interessant sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. November der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. November 1911 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsausschuss kann auf 5 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Woche vom 1. Januar 1912 an;

der Verwaltungsausschuss kann auf 5 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Woche vom 1. Januar 1912 an;

der Verwaltungsausschuss kann auf die Dauer von 10 Wochen 30 $\frac{1}{2}$ pro Woche für erwachsene männliche Mitglieder und 10 $\frac{1}{2}$ für jugendliche Mitglieder.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung künftiger Rechte zur Folge.

Die der Verwaltungsausschuss erteilte Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrags von 10 $\frac{1}{2}$ pro Monat wird hierdurch zurückgenommen.

Für nicht wiederannahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Eslingen:
Der Steinbruder und Metallbruder Franz Schacht, geb. am 6. März 1887 zu Leichhof, Buch-Nr. 1600915, wegen Sperre.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Eslingen:
Der Former Arthur Wallner, geb. am 9. September 1888 zu Thorn, Buch-Nr. 1889928, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Eslingen:
Der Flaschner Georg Herrgott, geb. am 17. März 1854 zu Eslingen, Buch-Nr. 360188, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Leipzig:
Der Galvaniseur Paul Gebhardt, geb. am 29. Januar 1889 zu Leipzig-Neustadt, Buch-Nr. 1565315, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Mülheim a. Ruhr:
Der Former Karl Hasler, geb. am 11. Juni 1885 zu Mülheim, Buch-Nr. 1526208, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Witten:
Der Former Aug. Fischer, geb. am 26. Mai 1866 zu Förde, Buch-Nr. 826702, wegen Schädigung der Verbandsinteressen; der Former Wilh. Gardwig, geb. am 9. Juli 1883 zu Förde, Buch-Nr. 1689639, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgenden genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Bremerhaven:
Der Mieter Herrn. Schipper, geb. am 6. April 1880 zu Eslingen, Buch-Nr. 795593, wegen Unterschlagung von Sammelgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Stuttgart:
Der Schmied Paul Nawrazala, geb. am 15. Juli 1880 zu Grünberg, Lit. A. Buch-Nr. 444882, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Jena:
Der Former H. W. Wilhelm, geb. am 10. März 1883 zu Königsheim, Buch-Nr. 910620, wegen unkollegialem Verhalten; der Former Rob. Woiwne, geb. am 28. Mai 1873 zu Motrau, Buch-Nr. 450685, wegen unkollegialem Verhalten.

Alle für den Vorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgarter, Rüststraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Oktober 1911 bei der Hauptkassette eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Aachen 1500 M. Altwasser 1200. Annaberg 300. Artern 400. Aschaffenburg 1000. Auerbach 100. Augsburg 500. Barmen 800. Bergedorf 800. Berlin 95 000. Bernburg 800. Bielefeld 160. Biberach 150. Bischofswerda 232,67. Bisingen-Wietzheim 100. Blankenburg (Hür.) 200. Bocholt 220. Bodwig 1600. Bonn 300. Braze 200. Brandenburg 6000. Braunschweig 7000. Bremen 7000. Bremerhaven 12 000. Breslau 12 000,20. Brügge 150. Brunsbüttelhafen 200. Buzlau 800. Burglind 600. Chemnitz 80 000. Eraltsheim 200. Erimmichau 2000. Eulabach 480. Danzig 1500. Darmstadt 4500. Delmenhorst 200. Dessau 6028,60. Diebenhausen 200. Dissen 150. Dippoldiswalde 200. Döbeln 800. Dortmund 1800. Dresden 3000. Dreien 150. Duisburg 2100. Ebersbach 800. Eberstadt 500. Eberswalde 800. Eilenburg 400. Elmbe 100. Eilenburg 300. Eising 1000. Eilenburger 500. Emden 800. Emmerich 100,59. Erbach 260. Erfurt 280. Erlangen 700. Eslingen 6000. Flensburg 5500. Forst 800. Frankfurt a. M. 2000. Freiberg i. S. 400. Freiberg i. B. 1000. Freiburg i. Schf. 500. Freising 500. Freudenstadt 40. Friedrichshafen 753,70. Fürstberg a. D. 100. Fürstenthal 2000. Furthwangen 200. Gelsingen 500. Gelsenkirchen 800. Glaucha 600. Gleiwitz 100. Glagau 301,08. Gmünd 2000. Goldlauter 600. Gohren 200. Göttingen 4000. Götting 2500. Göttingen 400. Gräfenthal 100. Großhain 800. Großschönau 300. Gubersleben 150. GutsMuths 250. Hall 150. Halle 2000. Hamburg 216,64. Hameln 800. Harburg 2400. Hannover 200. Heidenheim 800. Helmstedt 400. Hennisdorf 150. Hildesheim 800. Hirschberg 800. Hocht 800. Gohr-Grenshausen 200. Ingolstadt 200. Kamen 200. Kellertbach 587,44. Kempten 200. Kirchheim u. T. 445,99. Königsdorf 200. Körlin 300. Köslin 300. Köthen 1500. Kolbitz 300. Kulinbach 81,78. Landsberg a. L. 146,91. Landsberg a. M. 600. Landshut 300. Laupheim 181,38. Leisnig 200. Leipzig 100. Lössau 100. Lübben 100. Lugau 500. Lüneburg 1000. Mainz 2,50. Marburg 129,38. Marktredwitz 600. Remel 240. Merseburg 600. Mettmann 400. Meuselwitz 500. Minden 500. Mittweida 600. Mühlhausen in Thür. 1600. Mühlhof 300. Mühlhausen 300. Mühlheim (Hett.) 4000. Münstler 200. Naumburg 350. Neheim 150. Neubrandenburg 150. Neumünster 800. Neu-Ruppin 100. Neustadt a. S. 500. Nikolai 60. Nordhausen 2000. Nassen 200. Namowes-Neudorf 1600. Nürnberg 2000. Nürnberg 140. Oberndorf 300. Oberhausen 700. Offenbach 100. Ogersheim 900. Oßershausen 400. Oldenburg 350. Orlanenburg 400. Oshas 350. Oshersleben 400. Osanabrück 1000. Osterhals-Schramm 400. Regnitz 700. Reine 1600. Rerig 500. Reuzig 100. Rirmasens 345,90. Rlainen 3000. Reitenberg 1000. Röhndorf 325. Rrenzlau 300. Rries 1400. Radeberg 600. Radolfzell 200. Raasdorf 390. Ratingen 400. Ravensburg 600. Regensburg 1200. Remscheid 15 000. Reppen 100. Reufingen 600. Riefa 1600. Rostitz 75. Rostlau 600. Rostwein 800. Roth a. S. 400. Ruffa 800. Saalungen 200. Sangerhausen 800. St. Georgen 440. Sahn 150. Sagen 800. Salkau 390. Sannaroda 400. Speyer 400. Spremberg 250. Swinemünde 150. Schleich 353,28. Schmalalden 800. Schmieberg 1200. Schmolln 400. Schönfeld 1200. Schneiditz 800. Schönefurt 10 000. Schwenningen 800. Staßfurt 1600. Stendal 500. Straßund 200. Stralsund 1600. Striegau 484,02. Stuttgart 19 000. Zeizingen 60. Thorn 100. Tüft 300. Tömming 250. Torgelow 2800. Tübingen 367,15. Uedermünde 450. Uelzen 150. Uterach 600. Uxell 400. Weiser 2800. Weßfahl 200. Weßlingen 997,61. Wallau 100. Waltershausen-Friedrichroda 400. Weiskensfeld 600. Weiskensroda 400. Wismar 500. Wittenberg 400. Wittenberg 218,44. Wolfenbüttel 500. Zabze 350. Zeulenroda 1000. Zittau 800. Zossen 200. Zuffenhausen 2091,91. Zweibrücken 700. Stuttgart (Eingekommene) 500. Sonstige Einnahmen 2337 M.

Die Verwaltungsausschuss, Bevollmächtigten und sonstigen Einseher von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung! — Zugug ist fernzuhalten:

von Drahtarbeitern nach Bismar (Firma Müller) D.; von Drahtarbeitern nach Reutlingen (Firma Wandel & Co., Joh. Lamm) St.; von Elektromotoren nach Gaboritz (St. Elektricitätsw.) St.; nach Hamburg; nach Kempten (Firma G. Kefel) St.;

Arbeiter sich derartig dem Alkoholgenuss hingeeben haben, daß sie bei den Flaschenhändlern vor unserer Fabrik hohe Schulden auf dort entnommenen Flaschenbränden machten und dadurch sich und ihre Familien ins Unglück brachten. Es wird daher wiederholt darauf hingewiesen, daß der Alkoholgenuss in der Fabrik nur in mäßiger Weise gestattet ist. Um besten wäre es, wenn der Biergenuss in der Fabrik ganz unterbunden. Nur auf die Wünsche von verschiedenen Arbeiterparteien hin ist es zugelassen worden, daß der Arbeiter eine Flasche Bier mit in die Fabrik bringen darf. Mehr ist nach der Arbeitsordnung verboten. Das Golen von Bier im Speisehaus der Waggonfabrik ist denselben Grundregeln unterworfen, das heißt so, daß der Arbeiter vormittags und nachmittags zur Frühstück- und Vesperpause höchstens eine Flasche Bier holen darf. Das **S e r e i n s m u g g e l n v o n B i e r i s t a u f s t r e n g s t e v e r b o t e n**, wie wiederholt bekannt gemacht. Die Arbeiter werden daher nochmals auf diese Vorschriften hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit wird weiter darauf hingewiesen, daß bei Einrichtung des Speisehauses in der Fabrik allen berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen ist. Die Speisen und Getränke, die verabfolgt werden, sind gut und werden zu sehr mäßigen Preisen abgegeben. Es ist aber mit Absicht nicht gestattet, etwas auf „Pump“ zu nehmen, und zwar ist das zum Besten der Arbeiter so eingerichtet. Wer nicht in der Lage ist, Geld für Alkohol auszugeben und das Geld dafür vorrätig zu haben, soll es unterlassen. Dafür steht jedem Arbeiter unentgeltlich leichter Kaffee zur Verfügung, so daß seinem Bedürfnis nach Getränken, ohne daß es ihm Kosten verursacht, entgegenkommen ist. Um so mehr zu beurteilen ist es, wenn die Arbeiter anderwärts meist auf „Pump“ sich Bier verschaffen und dadurch sich und ihre Familien in Ungelegenheiten bringen. Mit Rücksicht auf das Wohl der Arbeiter wird auf diese Uebelstände hingewiesen und die Arbeiter werden ersucht, jeden verbottenen Alkoholgenuss zu meiden; sie werden vor der verbotenen Einnahme von Alkohol in die Fabrik und vor allen Dingen auch davon gewarnt, Alkohol auf Pump zu nehmen. Rastatt, den 26. Oktober 1911. Waggonfabrik Altkönigsbach. Jakob. — Gegen den Inhalt dieses Aufschlages ist im allgemeinen nichts einzuwenden, zu wünschen wäre nur gewesen, daß die Direktion ihn etwas früher gemacht hätte. Aber damals hat es sich ja um die „Samburger“ gehandelt, um professionelle Streikbrecher, denen erst „eingehigt“ sein mußte, ehe sie die bekannten standalösen Ausschreitungen verüben konnten. Herr Jakob hätte damals wirklich ein Feld für seine Bekämpfung gefunden. Im übrigen wünschen wir recht viel Erfolg, denn einige Zeit noch im Bereiche beständiger „Arbeitswillige“ sollen die Befolgung des Aufschlages dringend notwendig sein.

Selb (Oberfranken). Die Arbeiter der Maschinenfabrik **S e b r. K e t t e n** in Selb flehen am 7. Oktober durch unsere Organisation folgende Wünsche ein: 1. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Prozent für verheiratete und 10 Prozent für ledige Arbeiter. 2. Vermeidung der Lohnzahlung bis Arbeitschluss. 3. Regelung der Arbeitszeit, daß am Samstag im Sommer um 4 Uhr, im Winter um 5 Uhr Arbeitschluss ist. Frühstück- und Vesperpause nur je 20 Minuten. 4. Humanere Behandlung durch den Betriebsleiter. 5. Reinigung der Aborte mindestens aller 8 Tage. — Diese ganz berechtigten Wünsche, von denen vielleicht nur der erste der Firma eine jährliche Ausgabe von 500 bis 600 M. verursacht hätte, wurden in häßlicher Form begründet und um Milderung gebeten. Bei einigem guten Willen der Firma hätte ein Streik vermieden werden können. Doch was hatte die Firma Gebr. Kettich für ihre langjährigen Arbeiter übrig? Hier ihre schriftliche Antwort an die Bezirksleitung des Metallarbeiter-Verbandes: „Hier in Selb ist am 7. Oktober ein Streik ausgebrochen, der uns sehr unangenehm überrascht hat. Er ist ein Streik, der sich nicht nur auf die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich beschränkt, sondern sich auf alle Arbeiter der Fabrik erstreckt. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten.“

Selb. In einer am 2. November abgehaltenen Besprechung der Arbeiter- und Arbeitervereine wurde beschlossen, die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich zu unterstützen. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Kettich sind seit Jahren in der besten Einigkeit mit uns zusammengehalten.

im August sehr günstig war, ist durch die Marokkoaffäre, den Krieg in Tripolitank und durch die Wirren in China sehr stark abgeflaut. Das alles sind Erscheinungen, die auf den hiesigen Kampf eine sehr ungünstige Einwirkung ausgeübt haben. Wenn der günstige Geschäftsgang angehalten hätte, dann wäre es nicht möglich, daß die hiesigen Unternehmer 1000 Arbeiter in der Taschen- und Federmeßerindustrie eine so lange Zeit entlassen konnten. Dann hätte selbst der Streik durch den Industriebund keine große Bedeutung gehabt. Er hätte höchstens den Streik etwas in die Länge gezogen. Das alles müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir die Situation klar beurteilen wollen. Die Kollegen, die nun der Ansicht sind, daß der Streik nicht weitergeführt werden könne, möchte er, Redner, ersuchen, in der Diskussion ihre Meinung rückhaltlos zu sagen, ebenso auch die, die glauben, daß das Weiterstreiken noch von Erfolg sein könnte. Es müsse aber besonders betont werden, daß der Kampf von den Arbeitern musterhaft geführt worden sei. Die Kollegen könnten mit Stolz auf diesen Kampf zurückblicken. Er zeigte, daß wir es mit geschulten Gewerkschaftern zu tun haben. — Die Debatte war sehr lebhaft. Der größte Teil der Redner war dafür, daß der Streik aufgehoben wird und wir eine bessere Situation abwarten sollen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß eine Dreiviertelmehrheit für das Weiterstreiken nicht vorhanden war. Es stimmten 172 für Aufhebung des Streiks, 176 für Weiterstreiken, 5 Stimmen waren unglücklich. Es wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Durch den organisierten Streikbruch des Industriebundverbandes und dadurch, daß die Führer desselben zum Streikbruch aufgefordert, weiter: daß die Mitglieder des Industriebundverbandes Tag und Nacht gearbeitet haben, damit die armen bestreikten Fabrikanten nur ja nicht auf Messer oder Klinge zu warten brauchen, sehen sich die Federmeßerstreiker des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes genötigt, den am 16. August dieses Jahres über die sämtlichen Fabrikanten der Taschen- und Federmeßerindustrie verhängten Streik hiermit als aufgehoben zu erklären. Durch diesen gemeinsamen Streikbruch des Industriebundverbandes ist es nicht möglich, noch länger im Streik zu verweilen. Die unglücklichen großen Opfer, die jeder einzelne Kollege zu bringen hat, sind zu schwer, diesen ausfallslosen Kampf noch weiter zu führen. Der Streikbruch des Industriebundverbandes ist zur Infamie, ist dieser Organisation zur größten Schande geworden. Es ist das einzige Mittel, um die Öffentlichkeit über den ewigen Geldmangel, der in der Tasche des Industriebundverbandes ist, zu täuschen. Wir werden aber jetzt, nachdem wir gesehen haben, daß der Metallarbeiter-Verband in so glänzender Weise für uns eingetreten und keine Mittel gescheut hat, die Interessen der Federmeßerbranche zu vertreten, dahingehen wollen, daß auch der letzte Arbeiter der Federmeßerbranche sich dem Metallarbeiter-Verband anschließen wird. Das, was in diesem Kampfe vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geleistet worden ist, kann nicht von einer Lokalorganisation geleistet werden. Die Aufhebung des Kampfes sehen wir als eine Verschönerung des Kampfes an. Wir wollen uns geloben, nach der Weise zu arbeiten: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben und nicht eher ruhen, bis das Ziel erreicht ist, sofort vier jahrelang gearbeitet haben.“ — Es haben im ganzen 55 Fabrikanten das Verzeichnis der Reider anerkannt. Von den in den Kampf getretenen Kollegen waren 126 bei dem neuen Preisverzeichnis wieder in Arbeit getreten, 27 hatten anderwärts Arbeit gefunden.

Rundschau.

Reichstag.

Ueber einen besonders wichtigen und ereignisreichen parlamentarischen Abschnitt haben wir diesmal zu berichten. Nach langer Wochen und Monate langender Bein ist am 5. November 1911 zu Berlin endlich das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über das Protektorat unseres Nachbarstaates in Marokko und über die dafür den Deutschen zu gewährenden Kompensationen am französischen Congo definitiv unterzeichnet worden. Während wir diese Zeilen schreiben, unterliegen die beiden Verträge der Beschlussfassung der französischen Kammer; während sie dem deutschen Reichstag einzuweisen von der Regierung nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden sind.

Ganz allgemein ist in unserer Volks das Gefühl der Erleichterung und die Befriedigung darüber, daß es gelungen ist, eine ernste Auseinandersetzung mit Frankreich friedlich zu Ende zu führen. Das heißt an dem Marokkovertrag ist unumwunden dieses, daß er überhaupt abgeschlossen worden ist. Zum erstenmale seit 40 Jahren haben die beiden einander lange Zeit so jähroft gegenüberstehenden Nationen ohne die Einwirkung Dritter bedeutsame Verhandlungen geschlossen. Und es ist ganz gewiß nicht ohne Belang, daß der letzte Paragraph des Marokkovertrages die beiden Regierungen verpflichtet, alle irgendwelse aufstehenden Streitpunkte der Entscheidung des Saager Schiedsgerichtes zu unterstellen. Noch vor wenigen Jahren wäre eine derartige Bindung nicht nur in Deutschland, sondern namentlich auch französischer Seite mit mehr oder weniger lärmender Entschiedenheit zurückgewiesen worden.

Drei Punkte sind es, die im Mittelpunkt des Interesses stehen, zwei von ihnen weltpolitischer Natur, einer von innerpolitischer Bedeutung. Nicht unbedeutend große Teile unseres Volkes haben gefragt, ob es mit dem Lebensinteresse und mit der Ehre der Nation vereinbar sei, daß das große marokkanische Reich unter die Herrschaft der französischen Republik komme, oder ob es nicht angelegentlich gewesen wäre, mindestens den üblichen Teil des Scherfenlandes für Deutschland in Anspruch zu nehmen. Die zweite Frage geht dahin, ob die gegen die Einrichtung des französischen Protektorates gerichteten Entschuldigungen im Kongogebiet ausreichend sind oder nicht; welche Kreise sehen auf den Standpunkt, daß die Frage zu verneinen sei. In innerpolitischer Hinsicht ist endlich zu fragen, ob der Zustand der Welt besteht, daß die Volkswirtschaft bei der Erweiterung großer Schatzgebiete und bei der Abtreibung bereits unter deutscher Flagge stehender Schatzgebiete nicht mitzubehalten habe, oder ob nicht vielmehr bereits unter der heutigen Reichsverfassung die Zulassung des Reichstages zu derartigen Verträgen notwendig sei, beziehungsweise ob es nicht notwendig sei, etwaige Zweifel an der richtigen Anlegung der Reichsverfassung bei dieser Gelegenheit endgültig im Sinne der Verpfändung der Volksrechte zu klären.

Daß die gewaltigen Ländermassen des Nordrandes von Afrika, einst die Stammländer des großen römischen Weltreiches, Jahrhunderte hindurch der eigentümlich und reizvoller Natur, nicht darnach aus dem Weltverkehr ausgeschlossen bleiben können, ist selbstverständlich. Es liegt auch nicht der geringste Anlaß vor, einer Einbeziehung dieser Ländermassen in die moderne Wirtschaft entgegenzuwirken, wenn es sich um die Verhältnisse der Weltwirtschaft, wie von dem Reichstag die Prüfung anstehen können. Es kann fernerhin keinen Zweifel unterliegen, daß die an das Mittelmeer angrenzenden iberischen Nationen heranziehen, die kulturelle Weiterentwicklung des nördlichen Afrikas zu leisten, Frankreich in erster Linie, das seit mehr als 60 Jahren in Algerien schon Fuß gefaßt und dort höchst beachtenswerten geleistet hat, dann Spanien und endlich auch Italien sind mit ihrer geographischen Konfiguration und mit ihren politischen Interessen auf Marokko einerseits, Tripolis andererseits hingewiesen. Aber, wie wiederholt, die Bemerkung, ob die Einbeziehung der nordafrikanischen Länder in den modernen Weltverkehr zu begünstigen ist, ist abhängig von der angewandten Methode. Ein Beginnen, wie das Italien in Tripolis, kann auf keines anderen Resultat hinausführen.

rechnen. Ob aber das Verschären der Franzosen in Marokko wesentlich günstiger zu beurteilen ist, das bleibt dahingestellt. Den Franzosen wurde auf der Konferenz von Algier im Jahre 1906 die Aufgabe zuerkannt, im Vereine mit Spanien die Ordnung und Sicherheit im Scherfenreiche aufrechtzuerhalten. Was unter „Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit“ zu verstehen sei, das hat man zu definieren vergessen — selbstverständlich absichtlich vergessen, damit das Gesicht gewahrt werde und doch Frankreich vollkommen freie Hand bei der Eroberung des Landes besäße. Frankreich faßte den Begriff sehr weit und setzte sich im Frühjahr 1911 mit einem großen Heere in Fez, der Hauptstadt von Marokko, fest, den Sultan nur noch als eine Scheinfigur bestehen lassend. Die dem Eroberungszuge waren bestimmte Abmachungen mit Deutschland vorausgegangen, die um so nötiger waren, als ja bei seiner berühmten Mei, nach Langer der deutsche Kaiser einmal den Marokkanern die Versicherung gegeben hatte, er werde für die uneingeschränkte Souveränität des marokkanischen Sultans jede Garantie übernehmen. Mindestens von 1906 an und namentlich in einem Verträge von 1909 hat die deutsche Regierung erklärt, sie habe keinerlei politische Interessen in Marokko und denke nicht daran, dort Gebiete unter irgend einem Vorwande zu erwerben. Als das die Franzosen wußten, war der Weg zum vollständigen Protektorat frei. Sie haben ihn eingeschlagen, Deutschland hat sie auf diesem Wege nicht gehindert, aber sich für gewisse unzulässige Vorteile, die unserem Nachbarstaate dadurch zufließen, eine Entschädigung ausbedungen. Um diesem Entschädigungsanspruch einen größeren Nachdruck zu geben, verließ die Regierung Bethmann Hollweg und Riederer-Wächter auf den abenteuerlichen Gedanken, ein Kriegsschiff nach Agadir (Juli 1911) zu senden, das dort angeblich bedrohte deutsche Interessen schützen sollte. Der Zug des Panthers nach Agadir hat in nationalpolitischen Kreisen Deutschlands helles Entzünden hervorgerufen, weil diese glaubten, nun beginne der Tag der großen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland und England und Deutschland.

Der Regierung darf man glauben, wenn sie nunmehr dem Reichstage berichtet, kriegerische Absichten hätten ihr von Anfang an ferngelegen, sie hätte gar nicht daran gedacht, wegen Marokkos einen Weltkrieg zu entzünden. Aber: der Tadel ist völlig berechtigt, daß sie dann nicht die Welt durch die Abweisung eines Kriegsschiffes nach Marokko in Aufregung stürzen durfte. Eine friedliche Auseinandersetzung, wie sie jetzt abgeschlossen worden ist, hätte sich sicherlich ohne den Panther wesentlich leichter und reibungsloser erzielen lassen. Insbesondere läßt sich an geschiedenen Dingen nichts mehr ändern. Die Regierung sah sich, als der Reichstag die Beratung der Angelegenheit begann, einer geschlossenen Front von Gegnern gegenüber. Von Gebhard bis Bebel stand ihr alles abweisend gegenüber. Denn es gibt niemanden in unserer ganzen Volks, der es nicht als etwas Unerträgliches empfunden hätte, daß wir monatelang am Meergrunde eines europäischer Krieges leben mußten, ohne daß unser Volk auch nur eine klare Vorstellung von dem hätte gewinnen können, was hinter den verschlossenen Türen der Diplomatie verhandelt wurde. So läßt sich ein großes Volk heute denn nun doch nicht mehr „regieren“.

War die Linie der Gegner der Regierung geschlossen, so waren doch die Streitthemen nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet. Die Motive der Gegner waren gegen die Regierung waren sehr verschieden. Die meisten wollten der Regierung, weil sie die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen habe; es fehlten aber auch die nicht, die die Regierung tadelten, weil sie keinen Krieg angezettelt hätte. Dazwischen dann die Raumwärmer, die einerseits die Aufrechterhaltung des Friedens lebhaft begrüßten, andererseits aber auch auf das tiefste bedauerten, daß nicht bei der Gelegenheit ein kleines Gerause mit England erlitten worden wäre. Endlich waren auch die Parteien über den oben angebeuteten innerpolitischen Gegenstand keineswegs einig, nämlich über die Frage, ob der Reichstag die abgeschlossenen internationalen Verträge genehmigen müsse oder nur zur Kenntnis nehmen dürfe.

Der Reichstanzler Bethmann Hollweg stellte sich entschlossen der Linie seiner Gegner im Reichstag und versuchte wieder etwas zu beschleunigen, nach etwas zu herbeizuführen. Er verließ den Gedanken einer „aufgeklärten Bureaokratie“, hinter künstlichem Benehmen verbirgt sich ein starkes Selbstbewußtsein. Nur aus einer Unterschätzung der Kräfte, die sich in einer starken Nation regen, läßt sich die konsequente Ausschaltung der öffentlichen Meinung während der ganzen Marokkohandlung erklären.

Das Wertwürdigste an den Debatten über Marokko im Reichstag war der Umstand, daß sich die Szene im Verlauf von zwei Tagen vollkommen wandelte. Die alldeutschen Schreier, die lange Zeit hindurch getan hatten, als ob sie berufen seien, das Wort in dieser Sache für die Nation zu führen, blieben schließlich vollständig isoliert. Gegen sie richtete sich in erster Linie die Abwehr der Regierung, die — eine Ironie des Schicksals — schließlich noch am besten in den Reden der Sozialdemokratie wegkam, weil diese Partei zum mindesten die konsequente Friedenspolitik durchaus billigte. Man weiß freilich nicht, wie die Dinge ausgegangen wären, wenn nicht äußere Umstände dem Kanzler zu Hilfe gekommen wären. Der preussische Kronprinz hatte sich bemüht, einen Fußsprint auf das polnische Gebiet zu machen und sich an die Spitze der Scharen zu stellen, die namentlich einen Krieg mit England wünschten. Zu diesem Zweck war er von seiner Garnison nach Berlin geeilt, um an den Verhandlungen des Parlamentes als Zuhörer teilzunehmen, vielleicht auch um als „Regisseur“ an anderen Orten zu wirken. Das gelang aber gründlich daneben, weil er seiner Abneigung gegen die Politik des Kanzlers, die auch die Politik des Kaisers ist, allzu deutlich Ausdruck verlieh. Die Junker, denen Bethmann trotz aller agrarischer Neigungen verdächtig ist, weil er eine neue preussische Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet hat, wollten die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen und den Kanzler stürzen, um dadurch die große preussische Frage vielleicht wieder auf unabsehbare Zeit hinaus zu vertagen. In diesem Augenblick höchster persönlicher Gefahr fand Bethmann Hollweg den Mut der Verweigerung, stürzte sich wie ein Wurfstein auf den konversationen Führer Gebhard und enthielt die Gefahrlichkeit des Selbstpatriotismus der „wahren Vaterlandsfreunde“ mit so schonungslosen Worten, daß es wie ein Ansturm der Befreiung durch die ganze Linke ging.

Damit war die Schlacht gegen den Überpatriotismus für die Regierung gewonnen. Sie wird voraussichtlich eine nicht unerhebliche Mehrheit für die Billigung der Verträge mit Frankreich während der Kommissionsberatungen und auch bei den Schlussverhandlungen im Plenum des Reichstages erhalten.

Die reaktionären Parteien, die sich so erbarmungslos auf den Sand gesetzt haben, verjuchten dann in letzter Stunde noch durch den Mund des „Ferrygotts von Biberach“, des schwächertigen Abgeordneten Erzberger, den verfahrenen Karren auf ein anderes Geleis zu schieben und in einer vom Haum gebrochenen Sozialistendebatte die Aufmerksamkeit der Nation vom Kern der Sache abzulenken. Erzberger nahm einige der Mißdeutung fähigen Bemerkungen eines in weiteren Kreisen unbekanntem sozialistischen Redaktors zum Anlaß, um der Partei mit Unrecht den Vorwurf entgegenzusetzen, den der Reichstanzler mit Recht den konservativen Kriegsheern gemacht hatte, nämlich die Interessen der Nation in einem kritischen Augenblick gefährdet zu haben. Mit dreifacher Stimm

behauptete er, daß die Friedensdemonstrationen der breiten Massen einen beinahe hochverräterischen Zug an sich getragen hätten. Nach den Verhandlungen des Parteitag in Jena und den Erklärungen Webers war das ein starkes Stück. Die Strafe folgte dem gewissenlosen Vorgehen auf dem Fuße. Der alte Hebel selbst vollzog die Exekution, und zwar in einer Weise, die die heftigste Freude in unseren Reihen hervorgerufen wird. Mit klaren, von tiefstem Empfinden getragenen Worten wies er auf die hohe Kulturbedeutung der sozialistischen Massenbewegung hin und erklärte, daß auch nie mit dem Schatzen eines Gedankens die Partei die Möglichkeit des Vaterlandsverrats erwogen habe. Die Worte, die er bei dieser Gelegenheit sprach, empfahlen wir allen unseren Freunden in einem ausführlichen Berichte nachzulesen und gegen alle künftigen Verleumdungen bereit zu halten.

So ging dieser lange Kampf mit einem strahlenden moralischen Siege der Sozialdemokratie, einer schweren Bloßstellung der Kriegshetze in allen bürgerlichen Parteien aus. Vor der ganzen Nation ist dargetan worden, daß das heutige Regierungssystem nicht geeignet ist, die Vertretung des Volkes in der bisherigen Weise weiterzuführen. Die Diplomatie des halbabsolutistischen Kurs hat keine Stütze in den Massen gehabt. Man kann eben eine gute auswärtige Politik nur auf der Grundlage einer guten inneren Politik führen. Gute innere Politik heißt aber Bruch mit der Privilegienwirtschaft, Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung. Das Volk hat es satt, der Spielball des Absolutismus oder das Opfer bürokratischer Unfähigkeit zu sein. Zu einer Zeit, wo sich selbst in China die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Nation regt, kann auch das europäische Reich der Mitte nicht mehr dulden, daß die Entscheidung über seine Schicksalsfragen ihm vorbehalten bleibt. Die Anträge, die jetzt zum Ausbau der Reichsverfassung dem Parlament vorgelegt sind, sind nur ein schwacher Vorgeschmack von dem, was der künftige Reichstag wird leisten müssen — den wirklichen Ausbau der Volksrechte! Öffentlich wird nicht doktrinaire Verbotsfreiheit die Tatkraft dann lähmen, wenn es nicht bloß heißt, den Mund zu spinnen, sondern wenn gepöffelt werden muß.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Die Holzarbeiter Hamburgs haben nach 33wöchigem Kampfe einen vollen Sieg errungen. Als nach Abbruch der von den Zentralvorständen beider Parteien zu Anfang des Oktober eingeleiteten Verhandlungen die Situation für die Unternehmer nicht günstiger wurde, trotz des Eingreifens der Unternehmerzentralorganisation, traten am 28. Oktober die Parteien unter der Führung der Zentralarbeitskommission für das deutsche Holzgewerbe nochmals zusammen. Die Verhandlungen währten wiederum mehrere Tage, ohne daß zwischen den Vertretern der Ortsparteien eine Einigung zu erzielen war. Infolgedessen beschloß die Schlichtungskommission, über alle strittigen Punkte nimmere einen Schiedspruch zu fällen. Dieser berücksichtigte nicht nur die materiellen Forderungen der Arbeiter, sondern enthält auch die Bestimmungen, die von den Unternehmern während des Kampfes unzähligmal als unannehmbar erklärt worden waren.

Erreicht wurde folgendes: Die Arbeitszeit beträgt jetzt 52 Stunden, vom 1. Oktober 1912 an 51 Stunden die Woche. Der Mindestlohn steigt bis zum 1. Oktober 1913 in bestimmter festgelegter Höhe für Parteilager auf 80 %, für Bauanwärter auf 75 %, für die übrigen gelehrten Arbeiter auf 65 %, für Maschinenarbeiter, die mindestens ein Jahr an Holzbearbeitungsmaschinen gearbeitet haben, 53 %. Die bestehenden Stundenlöhne werden bis zum 1. Oktober 1913 um 6 % erhöht. Weiter erfolgt eine Revision der Akkordtarife, über die nötigenfalls die Schlichtungskommission ermächtigt wird. Der obligatorische paritätische Arbeitsnachweis wurde anerkannt. Zivilrechtliche Ansprüche aus dem Vertrag an die beiderseitigen Verbände sind für die Zukunft ausgeschlossen. Die bisherigen Klageansprüche wurden als erledigt erklärt.

Der lange Kampf hat den Holzarbeitern große Opfer gekostet. Sie dürfen sich jetzt aber auch eines vollständigen Erfolges freuen, denn sie haben teilweise mehr erreicht, als ursprünglich gefordert wurde. Auch ist zu beachten, daß die Schlichtung in der Holzindustrie sich vorgenommen hatten, dem Holzarbeiterverband einen schmerzlichen Schlag zu versetzen. Das ist ihnen gründlich vorgebehalten.

Gewerbegerichtliches.

Kontraktbruch. Die Direktion der Karls-Hütte in Rendsburg-Büdelshof, wo die Arbeiter bekanntlich im Streik stehen, forderte, als die Former und Gießereiarbeiter die Arbeit verlassen hatten, etwa 40 Arbeiter anderer Abteilungen auf, die Arbeiten der Streikenden zu verrichten. Die Arbeiter weigerten sich und verlangten, bei ihrer bisherigen Arbeit weiterbeschäftigt zu werden, weil sie keine Streikarbeit machen wollten. Da die Direktion jedoch die Verrichtung der Streikarbeit verlangte, lösten die Arbeiter das Arbeitsverhältnis ohne Einholung der vierzehntägigen Kündigungsfrist. Die Karls-Hütte strengte deshalb bei dem Gewerbegericht gegen 35 Arbeiter Klage auf Schadenersatz wegen Kontraktbruchs an. Die Arbeiter erhoben dagegen Widerklage und beantragten ihren Lohn für 14 Tage, weil sie durch die Karls-Hütte verhindert worden waren, ihre bisherige Arbeit fortzusetzen. Nach eingehender Verhandlung wurde die Karls-Hütte mit ihrer Schadenersatzklage abgewiesen. Der Widerklage der Arbeiter wurde vom Gericht stattgegeben und die Karls-Hütte verurteilt, an 28 Arbeiter den Lohn für 14 Tage in Höhe von 1700 M. zu zahlen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Zentralverband deutscher Industrieller. Diefelbe Farbe in grün, so kann man sagen, wenn man die Berichte von der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller liest, die am 7. November im hochgelegenen Hotel Adlon (Schwarzmergen) in Berlin abgehalten wurde. Auf den Bericht des Generalsekretärs Dr. Schweighöffer (Sueds Nachfolger) drückten sich deswegens auch nicht besonders einzuweisen. Es gelang, wenn wir kurz bemerken, daß der Berichterstatter gegen den Sanjabund polemisierte und von neuem behauptete, daß die Wirtschaftspolitik des Zentralverbandes die Fertigungsindustrie keineswegs zugunsten der schweren Industrie schädige (eine Behauptung, die durch die häufige Wiederholung durchaus nicht richtiger wird). Ferner sprach er von einem Steuerungsgefährt, das nur ein „sozialdemokratischer und linksliberaler Seite inszeniertes Wahlmandat“ sei. In der Marokkofrage hat der Zentralverband, nach dem Bericht des Herrn Schweighöffer zu urteilen, sich mit souveräner Meise in den gegenwärtigen Stand der Dinge gefunden. Die Herren werden schon dafür sorgen, daß sie nicht hintertreten. Natürlich mußte auch wieder das brave Streikbrechergesindel Gedacht werden. Dies geschah durch Annahme folgender Resolution (die bereits früher gefaßt gleich wie ein Ei dem andern):

Zugehörig der immer drohender werdenden Gefährdung der Arbeitskämpfe und des immer rücksichtsloseren Machtgebrauchs der Streikgewerkschaften erachtet der Zentralverband deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die Verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch geeignete Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu sichern und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Parteien und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erlaß derartigen gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigenen Interesse der Arbeiterschaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wird der Industrie die Aufgabe, der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.

Der „nationalen Wohlfahrt“ dienen die Schornfeger bekanntlich in der Weise, daß sie Polen, Tschechen, Gallier, Kroaten und Italiener (darunter zum Teil ein Westdeutscher, das man schon nicht mehr als fragwürdig bezeichnen kann) ins Land ziehen, damit sie zu Lohnbrüchern werden. Je unaufrichtiger diese Arbeiter sind, desto angenehmer für die Schornfeger. Wird einer von diesen Arbeitern aufgelistet und will infolgedessen nicht mehr den Lohnbrüchern spielen, dann riskiert er, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen zu werden. Auf solche Weise dient man dann der nationalen Wohlfahrt — der Substratmagagnaten.

Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer ihre Fräcke an und setzten sich zum gemeinschaftlichen Mittagessen. Das „trockene Gebet“ kostete 6 M. Da werden die Herren am eigenen Leib — nichts von der Feuerung gespürt haben.

Vereinsgesetzliches.

Versammlungsausschreibung. Die Frage, ob die Polizei eine Versammlung auch aus anderen Gründen als aus denen des § 14 des Vereinsgesetzes auflösen kann, hatte das preussische Obergericht in einem Prozeß des Reichstagsabgeordneten Stadthagen gegen den Regierungspräsidenten von Potsdam zu entscheiden. Stadthagen war Referent in einer öffentlichen Versammlung zu Wandlitz, die am 29. Mai 1910 stattfand, infolge des räuberischen Betragens einer konservativen Sprengkolonne zweimal verhaftet worden wurde und vom Gen darm aus „sicherheitspolizeilichen“ Gründen aufgeführt wurde, als die konservativen Soldaten auf die Rednertribüne eindrangen. Der Regierungspräsident erklärte die Auflösung für berechtigt, weil die Auflösung außer aus den, im vorliegenden Falle vorliegenden Gründen des § 14 des Vereinsgesetzes auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgen könne. Voraussetzung sei dann nur, daß es sich um die Verhütung einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit handeln müsse, da Absatz 2 des § 1 des Vereinsgesetzes in bezug auf Versammlungen nur unter dieser Voraussetzung eine Anwendung sicherheitspolizeilicher Bestimmungen des Landesrechts zulasse. Die Voraussetzung sei hier gegeben gewesen.

Genosse Stadthagen legte und machte in sehr eingehenden Rechtsausführungen geltend, daß Wortlaut und Entstehungsgeschichte des Vereinsgesetzes nur die Auslegung zuließen, daß als Auflösungsgründe bei Versammlungen ausschließlich die in Frage kommenden, die § 14 des Vereinsgesetzes zund und nett aufzählenden. Für Versammlungen auflösungen käme § 1, Absatz 2 des Vereinsgesetzes überhaupt nicht in Betracht, sondern höchstens für Präventivverbote. Das Obergericht verwaltete am 3. November die Klage mit der Begründung ab, die Auffassung des Klägers sei falsch. Schon in der Begründung zum Vereinsgesetzentwurf werde gesagt, daß die allgemeinen polizeilichen Befugnisse, zum Beispiel baupolizeiliche, straßenpolizeiliche sowie die gegen Tumulte auch bei Abhaltung öffentlicher Versammlungen gewährt blieben. Das Gericht sei deshalb der Meinung, daß, wenn die Polizei in die Lage komme, zur Verhütung von Tumulten den Fortbestand einer Versammlung zu inhibieren, daß es sich dann nicht um eine vereinspolizeiliche Auflösung handele, sondern um einen Fall, wo die gebotenen Machtmittel benützt würden, um eine beim weiteren Zusammenbleiben der Versammelten eintretende Gefahr zu beseitigen. Das sei hier der Fall. Die Polizei brauche dann auch keine Gründe (§ 14) anzugeben, weil es sich dann um ein Vorgehen handle, das nicht auf vereinsrechtlichem Gebiet liege. Dagegen müsse, wie bei jeder anderen polizeilichen Verfügung, geprüft werden, ob die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen gegeben seien. Seine rechtliche Grundlage habe das polizeiliche Vorgehen in § 1, Absatz 2 des Vereinsgesetzes, wonach die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts Anwendung fänden, sobald es sich um die Verhütung einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handle. Daraus gehe deutlich hervor, daß in Preußen § 10 II 17 des Allgemeinen Landesrechts auch Anwendung finde, da er ebenfalls den Schutz gegen unmittelbare Gefahren für Leben und Gesundheit mit im Auge habe. Es frage sich hier deshalb nur noch, ob der Gen darm mit einer solchen unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit rechnen konnte. Infolge des Verhaltens einer Anzahl Leute (der Konservativen) habe in der Versammlung von vornherein Erregung geherrscht. Es sei zweifellos zur Verletzung gekommen. Bei der zweiten Verletzung seien die Gegner der Sozialdemokraten aufgesprungen und der Tribüne zugebrängt. Fast gleichzeitig seien auch die Sozialdemokraten aufgesprungen. Es habe die Wahrscheinlichkeit bestanden, daß es bei einem weiteren Zusammenbleiben der Versammelten zu einer schweren Störung der öffentlichen Ordnung und zur Gefährdung von Leben und Gesundheit komme. So rechtfertige sich das polizeiliche Vorgehen.

Gelber Kongress.

Am 6. November sind sie auch einmal wieder „beisammengewes“, die Obergerichte nämlich, die sich „Sauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ nennen. Obwohl auf diesem Kongress wiederum auf die „bejahenden Beker“ weidlich geschimpft wurde, merkte man nichts davon, daß hier der „schlichte Mann aus der Werkstatt“ in größerem Umfang zu Worte gekommen wäre als auf den Tagungen wirklicher Arbeiterorganisationen. Das Gegenteil war der Fall, trotzdem man doch glauben sollte, daß hier eher noch Arbeiter sprechen könnten, weil sie doch von den Unternehmern sicher nicht gemindert würden. Man würde ja gerne welche sprechen lassen, wenn man nur in welche zur Verfügung hätte, von denen man nicht befürchten müßte, daß sie sich gar zu sehr blamieren, wenn sie den Mund aufstun. Die „gelbe Bewegung“ besteht nun schon etliche Jahre, man kann aber nicht sagen, daß sie geistig auch nur um einen Schritt weitergekommen wäre. Wie der Vorsitzende Fichtner in seinem „Geschäftsbericht“ sagte, soll der „Sauptauschuß“ nunmehr acht Verbände mit etwa 130 000 Mitgliedern umfassen. „Gut“ ist gut; offenbar haben die Herren ihre Gründe, jeder genaueren Aufstellung gewissheit aus dem Wege zu gehen. Ueberhaupt machte die ganze Tagung den Eindruck einer Komödie, ähnlich so, wie die Parteitage des Zentrums, die sogenannten Katholikentage: ein Haufen „Referenten“ und wenig oder gar keine Diskussion. Ein weiterer Herr Fichtner aus Waldenburg referierte über „Die Notwendigkeit der nationalen Arbeiterbewegung“. Vielleicht werden die behauerten Arbeiter, die dazu berufen waren, bei dieser Vorstellung als Statisten mitzugucken, endlich einmal kaputt gehen, wo man sie gebrauchen will. Ein feines Ding müssen wir doch besonders hervorheben. Einer der Hauptredner der Gelben, Herr Generalmajor v. Söbbeck, hat auch gesprochen, und von dem Anfang seiner Rede liegen uns zwei Besarten vor, zwischen denen ein spärlicher Unterchied besteht. So heißt es in der P. o. f., dem bekannten Schornfegerblatt (Nr. 523, Morgenausgabe vom 7. November) folgendermaßen:

„Wenn er das Wort ergreife, so bitte er, ihn als Arbeiter hier zu betrachten; denn er arbeite doch mit für die Ideen der nationalen Arbeiterverbände.“

Ein so hanedücker Unfuss ist dem Mund der Frau Söbbeck doch wohl — um mit Jacques Brüssig zu reden — ein „Siches zu freier“ gewesen, denn der sagt in seiner Nr. 46 von dem gelben Generalmajor nur, daß er „hat, auch ihn als Mitarbeiter zu betrachten“.

Weiter wollen wir nur noch hervorheben, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Arenz die gelbe Gesellschaft mit seiner Anwesenheit beehrt hat. Der Herr hat offenbar keine Zeit, sich um die schauerlichsten Arbeitsverhältnisse zu kümmern, die er in seinem Wahlkreis vorfinden kann, dafür muß er überall dabei sein, wo es etwas volksfeindliches auszuheben gibt. Von den ganzen Herrschaften war offenbar einer des andern würdig.

Daß die Herren Gelben auch noch nach „stärkerem Schuß“ für die Streikbrecher schrien, erwähnen wir nur noch der Vollständigkeit wegen.

Das schwarze Metallarbeiterblatt auf der Anklagebank.

Bekanntlich machen die „christlichen“ Gewerkschaftskämpfer neuerdings mehr als je Versuche, in ihrem Kampfe gegen Wahrheit und Recht die Gerichte als Vorposten zu benützen. Wie sehr gerade sie moralisch dazu berechtigt sind, ist unter anderem auch aus der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung zu ersehen. Der Redaktion des Zentrums-Metallarbeiterblattes wurde immer noch die Finger, und das noch zu einer Zeit, wo sie es sehr nötig hätte, zunächst einmal bei sich selber zuzusehen, wie gewissenhaft sie das achte Gebot innehält. Der Redakteur Kraus vom Zentrumschristlichen Deutschen Metallarbeiter wurde nämlich jüngst vom Schöffengericht in Duisburg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er dem Reichstagsabgeordneten Sachse nachgesagt hatte, daß dieser um die Verhütung des verhängten 30 000 M. Flugblattes geküßt habe. Am 4. November stand die Sache in der Berufungsinstante zur Verhandlung. Sachse war persönlich nicht anwesend, sondern durch Rechtsanwalt Marlow vertreten. Der „christliche“ Verbandsredakteur bot einen Vergleich an, worin er die erhobenen Vorwürfe zurücknimmt. (Er machte also das, was er in Nr. 44, Seite 299, als de und wehmützig bezeichnete. O schwarzes, „christliches“ Besch!) Zu einer Verhandlung kam es nicht, da der Vertreter des Genossen Sachse unter der Bedingung den Vergleich annahm, daß Sachse seine Zustimmung erkläre. Wenn das geschieht, soll der Vergleich publiziert werden, andernfalls werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Nachdem die Zentralagentur der „christlichen“ Gewerkschaften Deutschlands in Köln systematisch Prozesse gegen unsere Genossen anstrengt und deren Verurteilungen herbeiführen läßt, liegt für die Kläger aus Gewerkschaftskreisen und sozialdemokratischen Parteikreisen wohl keine Ursache mehr vor, Vergleiche mit angeklagten Zentrumschriften abzuschließen.

„Christliche“ Versammlungsprenger.

Daß Geistliche mit Sprengkolonnen in sozialdemokratischen Versammlungen erscheinen, um diese auseinanderzutreiben, ist kein Geheimnis. Dafür liegen massenhaft die Beweise vor und einen neuen Beweis für das „christliche“ Sabotagehandwerk hat der Pfarrer Arnold aus dem Untergloittal in Baden erbracht. Am Anfang des November fand im Glottal eine sozialdemokratische Versammlung statt, wo Genosse Kiedmüller (Freiburg) referierte. Seine Ausführungen wurden bis zu Ende ruhig angehört und auch mit Beifallsbezeugungen wurde nicht geklagt. Noch hatte der Referent nicht geendet, da rückte der genannte Geistliche mit seinen Getreuen an: Sofort nahm der Herr in der Diskussion das Wort und leitete eine Stunde lang bekannte Klatsche herunter. Unsere Genossen ließen den Mann ruhig reden. Als hingegen unser Referent antworten wollte, ging bei der Sprengkolonne der Teufel los. „Schmeiß die Kerle raus!“ „Saut ihnen den Knagen voll!“ „Wir können machen, was wir wollen!“ So schrien die „christlichen“ Gelben durcheinander. Kein Protest und keine Mahnung konnte Ruhe schaffen. Einem Freiburger Genossen wurde das Fahrrad kurzweg auf die Straße geworfen. Und der Pfarrer jagte da, tat nichts, um seinen Anhang zur Anständigkeit zu ermahnen. Der Referent mußte auf das Schlusswort verzichten.

Solche Vorwände werden sich beim Wahlkampf wohl noch mehr ereignen. Den „christlichen“ Herrschaften graut vor der Volksabrechnung und da sie beim Kampfe mit geistlichen Waffen schlecht abschneiden, so sehen sie sich ansetzend schon bezetteln nach „schlagenden“ Beweismitteln um. Das nennt man dann „christlich“.

Vom Ausland.

Ungarn.

Unter den Budapest Mitgliedern des Ungarischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes hatte sich bis zum vorigen Jahre als ein Ueberrest aus früheren Zeiten eine starke Zersplitterung in verschiedene Gruppen und Fraktionen erhalten. Die Gruppen waren zum Teil örtlich gegliedert, zum Teil hatten aber auch einzelne Branchen eigene Fraktionen gegründet, die sich über das ganze Gebiet von Budapest samt dessen Vororten (ein Gebiet, das umfangreicher sein soll als das Londoner Stadtgebiet) erstreckten, ein Zustand, der naturgemäß zu Reibereien führen mußte. So beschwerte sich zum Beispiel die Fraktion der Eisenbrecher darüber, daß die „Ortsgruppe auf der Vaci-ut“ ebenfalls Eisenbrecher aufnahm. Als das Protestieren nichts nützte, nahm die Fraktion der Eisenbrecher auch andere Fabrikarbeiter auf, die man mit dem nötigen guten Willen als zur Branche gehörig bezeichnen konnte, was den Streit natürlich verschärfte. Es fand nunmehr ein gegenwärtiges Fortleben der Mitglieder statt. Solche Zustände konnten der Organisation nur schaden und die im vorigen Jahre abgehaltene Landesgeneralversammlung beschloß deshalb, daß die Budapest Ortsgruppen und Fraktionen sich am 1. Januar 1911 zu einer allgemeinen Ortsgruppe verschmelzen sollten. Es versteht sich von selber, daß mancher Budapest Kollege mit diesem Beschlusse nicht ohne weiteres zufrieden gewesen ist, um so mehr, als die Budapest Metallarbeiter die Hauptstütze des ganzen Verbandes bilden, und diese sich nunmehr einem Beschlusse fügen sollten, an dessen Zustandekommen vornehmend die Kollegen aus der Provinz mitgewirkt hatten. Einzelne Fraktionen bedangen sich demzufolge bei der Verschmelzung besondere Vorrechte aus und der Hauptvorstand glaubte, dadurch dem Frieden am besten zu dienen, daß er den betreffenden Fraktionen im Gegenseitigen zum Beschlusse der Landesgeneralversammlung auch Vorrechte einräumte. Diese Intentionen rückte sich bald. Schon nach wenigen Wochen kamen Klagen, besonders aus einzelnen Vororten Budapests. Unter anderem habe es den Arbeitslosen aus den Vororten nicht, daß sie ihre Unterstützung aus dem Bureau der allgemeinen Ortsgruppe holen und deswegen weiter laufen sollten. Ferner hatten einzelne Ortsgruppen und Fraktionen bestohlene Angestellte gehabt. Diese wurden nunmehr in der allgemeinen Ortsgruppenleitung beschäftigt und die Erledigung der Tagesarbeit wird auch da nicht immer glatt vorstatten gegangen sein. Hinzu kamen noch Differenzen unter den Angestellten des Hauptbureaus selber.

Dies und noch anderes, auf das wir hier nicht einzugehen brauchen, führte schließlich dazu, daß eine Generalversammlung der Budapest Ortsgruppe beschloß, den alten Zustand der Zersplitterung in Bezirksgruppen und Fraktionen wieder herzustellen. Daraufhin beschloß der Vorstand die Einberufung einer außerordentlichen Landesgeneralversammlung auf den 1. und 2. Oktober. Der Vorstand schlug folgende Tagesordnung vor: 1. Die bei der Zentralisation der Budapest Bewegung aufgetauchten Komplikationen. Referent: Genosse Alexander Rády. — 2. Meinungsverschiedenheit zwischen der Zentralleitung und den Angestellten der Zentralleitung. Referent: Eugen Weimer. — Es kam nun dadurch gleich beim Anfang der Verhandlungen zu einem Konflikt, daß mit 46 gegen 33 Stimmen ein Antrag angenommen wurde, wonach über den zweiten Punkt der Tagesordnung zuerst verhandelt werden sollte. Die Zentralleitung erwiderte darin ein Mißtrauensvotum und legte ihre Ämter nieder, worauf die Generalversammlung unter Leitung des Alterspräsidenten Ludwig Sziksz weitertagte. Es wurde bei den Verhandlungen zweimal ziemlich heiß hergegangen sein. Der Bericht in den Nummern 42 bis 44 der deutschen Ausgabe des Verbandsorgans enthält verschiedene bezeichnende Einzelheiten. Da der Bericht indessen noch weit davon entfernt ist, ein vollständiger zu sein, und uns ferner die Vorgeschichte der Konflikte nicht genügend bekannt ist, so verbleibt sich für uns selbstverständlich jede Stellungnahme und wir können hier nur angeben, um was es sich handelte. Der Referent zu dem nunmehr ersten Punkt der Tagesordnung: Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zentralleitung und den Angestellten der Zentralleitung, beirrat das Verhältnis der Zentralleitung zu den Angestellten. Die Zentralleitung hat im vorliegenden

Jahre 28 Sitzungen abgehalten, davon 3 ausschließlich in An- gelegenheiten der Angehörigen. Aber auch in den übrigen 25 Sit- zungen mußte die Leitung sich mit einem Angehörigen beschäftigen, der sich Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen. (Der An- gestellte war Hausmeister im Verbandshaus und hatte Mahulatur um 15 Kronen und eine Prese um 5 Kronen verkauft und das Geld behalten.) Ein vom Verband bestelltes Disziplinargericht hatte auf Umstufung erkannt. Dieser widerlegten sich die Angehörigen. Auf die weiteren Vorwürfe gegen die Angehörigen können wir hier nicht eingehen, weil der Bericht nicht genügend klar ist.

Im Namen der Angehörigen sprach Kollege Johann Vanczák (einem Teil der deutschen Kollegen bekannt als Teil- nehmer am Internationalen Sozialkongress in Stuttgart und an der letzten Generalversammlung unseres Verbandes). Nach seiner Darstellung beruhte der Streit in der Hauptsache darauf, daß die Leitung sich gegen die Angehörigen zu sehr als vorge- setzte Körperlichkeit benommen hätte. In betreff des Hausmeisters sagte er, die Angehörigen hätten es „zur Strafe dafür genügend, wenn wir solchen ohne weiteren Lärm aus unseren Reihen entfernen“. Vorher hatte er aber schon gesagt, er habe sich der Ausführung des Beschlusses, den Hausmeister mit Gewalt zu entfernen (Ansichtnehm- wolle dieser nicht in Güte weichen), widersetzt.

Nach dieser Rede erfolgte ein Zwischenspiel, indem das zu Beginn der Verhandlungen gewählte Kandidatenkomitee für die neue Leitung eine Vorschlagsliste bekannt machte, die unter anderem den Namen Vanczák, von den Mitgliedern der früheren Leitung aber nur einige wenige enthielt. Diese erklärten zum Teil aber sofort, die Wahl nicht wieder annehmen zu wollen. Auch einzelne neu vorgeschlagene erklärten die Ablehnung. Es folgte nunmehr eine hitzige Debatte, die erst zu einem Ziele führte, als die Mitglieder der alten Leitung, Vanczák und Lehár, eingriffen. Der erste Antrag beantragte, die Wahl erst vorzunehmen, wenn der zweite Punkt der Tagesordnung (Zentralisation in Budapest) erledigt sei. Dieser Antrag wurde schließlich mit 37 gegen 34 Stimmen angenommen. Damit war der erste Verhandlungstag zu Ende.

Bei Beginn der Verhandlungen am folgenden Tage wurde be- schlossen, in dieser Angelegenheit von jeder Seite noch zwei Redner zu hören. Darauf folgte dann eine Pause, während deren die Parteien sich unter sich über die Redner einigten. Nachdem aber diese und noch einige persönliche Bemerkungen gehört worden waren, schlug Genosse Rothstein (Vertreter des Budapesterver- bandsrates) vor, die Sache einem Komitee zu über- lassen, das aus je drei Mitgliedern der Parteileitung und des Gewerkschaftsrates besteht. Dieser Antrag wurde mit der Erweiterung angenommen, daß beide Parteien noch je drei Delegierte ent- senden sollen, die weder Mitglieder der Parteileitung, noch An- gestellte, jedoch Metallarbeiter sind. Damit war diese Angelegenheit vorläufig erledigt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte der Referent Kády eine Resolution eingebracht. Angenommen wurde jedoch folgende vom Kollegen Julius Andrásy ein- gebrachte Resolution:

Die am 1. und 2. Oktober 1911 abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Eisen- und Metallarbeiterverbandes erklärt, daß sie die Einheit der Budapest-Gruppe bis zum 31. Dezember dieses Jahres mit der Be- dingung aufrecht erhält, daß sie die Leitung der Orts- gruppe beauftragt, sie möge die Generalversammlung der Ortsgruppe auf Grund der bestehenden Statuten bis zum 29. Oktober zwecks Wahl der neuen Leitung einberufen. Die Pflicht der neu gewählten Leitung muß es sein, die in der Ortsgruppe be- stehenden Unklarheiten in der kürzesten Zeit zu beheben.

Die Generalversammlung erklärt ferner, daß die Aktionsfreiheit sämtlicher Fachgruppen, soweit dadurch sachliche Interessen berührt werden, geschützt wird. Die Agitationsaufgaben der Fachgruppen werden von der Ortsgruppe getragen, und falls es notwendig ist, haben die interessierten Fachgruppen Sachstellen aufzustellen. Aus aus der Praxis resultierenden Gründen werden in den Gemeinden Budapest, Erzsebetfalva, Kispest, Károlyfalva und Újpest den Ortsgruppen territoriale Organisationskomitees beigegeben.

Nunmehr erfolgte die Wahl der neuen Leitung. Diese hatte folgendes Ergebnis: Obmann: Josef Péter; Obmannstellvertreter: Franz Bárdos und Josef Biró; Schriftführer: Anton Drahošský und Béla Berényi; Kassierer: Rudolf Krupa und Johann Marjai; Vorstandsmitglieder: Dezider Adler, Franz Barna, Béla Fellner, Adolf Kohn, Béla Malachuk, Ludwig Strich, Eugen Fried, Alexander Szék, Armin Bernát, Johann Vanczák und János Pallást; Ueberwachungsmitglied: Andreas Belemi, József Maribay, Johann Laška, Ludwig Samuel und Mórár Karosóczy.

Kollege Péter lehnte die Wahl ab und ersuchte, unterstützt vom Kollegen Fellner, den Kollegen Lejáráz wiederzuwählen. Dieses ge- schah auch; jedoch lehnte der Gewählte die Annahme entchieden ab. Schließlich fiel die Wahl auf den Kollegen Anton Dócsák, bisherigen Hilfsredakteur des Verbandesorgans, der unter Aufse- rungen des Bundesrates über die mangelhaften Verhältnisse und über die auf der Generalversammlung dargelegten Ungerechtigkeiten sich doch verpflichtet sah, die Wahl anzunehmen, in Anbetracht der schweren Lage, in die der Verband geraten ist.

Darauf erfolgte 3 Uhr früh Schluß der Generalversammlung.

Literarisches.

(Zur Befestigung der angegebenen oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. 781 Seiten. Gebunden 5 M. In der beziehen durch alle Buchhandlungen.

Bestimmen der kaiserlichen Parteien. Eine Sammlung mit Überlegung der von den kaiserlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter vertriehenen Lügen. Zweite vermehrte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 3 M. In beziehen durch alle Buchhandlungen. — Beides naturgemäß für den gegenwärtigen Wahlkampf.

Handbuch des Arbeiter-Turnvereins. Herausgegeben von Fritz Witzing. Leipzig, Arbeiter-Turnverlag. Preis 2,50 M. Die der Arbeiter-Turnvereine, so hat man auch der Arbeiter-Turnvereine in einem sehr umfangreichen Handbuch über seine Beziehungen berichtet. Das Buch wird eingeleitet mit einer Lese- geschichte, aber lebendig gezeichneten geschichtlichen Abhandlung über die Ent- wicklung des Bundes. Dem schließt sich eine umfangreiche Geschichte der einzelnen Vereine an. Besonders Interesse erweckt der Aufsatz über das Jugendturnen. Aus den zahlreichen Grafiken und Zeichnungen der Regierungen, die uns in ihrem Wortlaut zugänglich gemacht werden, ist zu ersehen, mit welcher Beharrlichkeit und Konsequenz die Arbeiterjugendbewegung auch in den Turn- vereinen verfolgt wird. Dieser Teil des Buches kann auch dem Politiker gute Dienste leisten. Der übrige Inhalt bezieht sich fast ganz auf das innere Leben der Organisation. Interessantes kann die An- schauung des gebildeten Lesers auch daraus empfangen werden.

Deutscher Arbeiter-Kalender für das Jahr 1912. XVII. Jahrgang. Wien, Verlag der Wiener Volksbuch- handlung, Franz Brand & Co. VI, Gumpendorferstraße 18. 100 Seiten nebst Anzeigen und Schreibratgeber. Preis 80 Heller. — Enthält viel Interessantes aus der österreichischen Arbeiterbewegung.

Die Seele der Gewerkschaft. Ein Familienroman für jede Familie eine Glorie des Glücks und Wohlstandes. Von H. Baumgart. Dritte Auflage. Mit zahlreichen handschriftlichen Aufsätzen, Grund- rissen, Zusammenfassungen, Kartenplänen und Perspektiven. 48 Seiten. Preis 1 M. (Porto 10 H.). Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.

Im eigenen Hause nicht teurer als in einer Mietwohnung. Die Rentabilität des Eigenhauses. Von F. Flur, Igl. Baupinspektor. 60. Tausend. Mit 60 Abbildungen, Ansichten und Grundrissen der Hausbeispiele nebst Angabe der Baukosten. Preis 1 M. (Porto 10 H.). Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden 85. — Der Umstand, daß binnen wenigen Jahren verschiedene neue Auf- lagen dieser kleinen Schrift notwendig werden, rechtfertigt die günstige Besprechung, die wir bereits in Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre veröffentlichten.

Schauspielsband. Ein Wanderbuch von Anton Fenrich. Erster Teil: Kinder, Kämpfer, Käse. Zweiter Teil: Welten, Wälder, Wege. Dresden, Druck und Verlag von Kaden & Comp. 348 Seiten mit 25 Vollbildern und zahlreichen Bignetten. Preis 6 M. — Die herrlichen Reisebeschreibungen des Naturfreundes Anton Fenrich sind unseren Lesern ohne Zweifel zum großen Teile bekannt, denn sie werden von der Arbeiterpresse sehr gerne aufgenommen. Hier bietet Fenrich uns einen ganzen Band davon, und noch dazu mit wunder- bar sauber ausgeführten Landschaftsbildern. Fenrich sagt in seinem Vorwort: „Und durch den kleinen Spalt meiner zwei Augen möchte ich die, die festhalten in ihrer Mühsal und Arbeit und von Ketten und Wandern höchstens träumen können, auch ins Land schauen lassen und ihnen manch Stillsitzen zeigen von der weiten, wunderbaren Welt.“ Was aber diese Reise- und sonstigen Schilderungen manchem Klassenbewußten Arbeiter besonders wert machen werden, ist der Um- stand, daß sich nirgends der Sozialdemokrat veräußert, dem seine Ueberzeugung noch den Blick für manches geschärft hat, was andere Wanderer übersehen. Ein Buch, das jung und alt Freunde macht. Wir wünschen ihm viele Käufer, besonders zum Weihnachtsfeste.

Wasserkraft. Einführung in den Bau und die Anwendung der Wasserräder und Turbinen. Zweite, vermehrte und er- weiterte Auflage. Von Ingenieur Wilhelm Müller. Mit 88 Ab- bildungen, Berechnungsbeispielen, Aufgaben und Lösungen, Kraft- messung an einer Turbine und 1 Tafel. 64 Aufstellungsarten der Francis-Turbine. Preis 3,40 M. Hannover 1911, Dr. Max Jänecke, Verlagbuchhandlung. — Das fochten in zweiter Auf- lage erschienene Werk will in leichtfaßlicher Form ein Hilfsmittel für die Einführung in das Studium der Wasserräder und Turbinen bilden. Im Gegensatz zu anderen Werken, die sich lediglich an den Spezialfachmann wenden und sich meistens gerade für den Anfänger auf einen zu hohen Ausgangspunkt stellen, ist in diesem Werke auf eine leichtverständliche Darstellung großer Wert gelegt und vor allem sind die einleitenden Grundzüge hervorzuheben, auf denen sich im allgemeinen das Wesen der hydraulischen Motoren und die Aus- nutzung der Wasserkraft aufbaut. Jedermann, der sich über Projekt- ierung und Betrieb von Wasserkraftanlagen unterrichten will, wird aus zahlreichen, aus der Praxis entnommenen Beispielen sich einen Überblick über das Gebiet verschaffen können.

Streit. Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampfe von Ludwig Jänheim. Druck und Verlag von G. Birk & Co. m. b. H., München. 190 Seiten. Preis gebunden 2,50 M oder in 6 Lieferungen je 30 S. — Wir waren leider wiederholt genötigt, Erzeugnisse der Arbeiterliteratur einer nicht gerade lobenden Kritik zu unterziehen und bekamen uns demzufolge wegen unserer Ab- neigung dagegen, schon wieder einmal in diesem Sinne rezensieren zu müssen, bei diesem Buche in einer unangenehmen Lage. Da für dieses Buch aber viel Bekanntschaft gemacht wird, so erlauben wir uns, eine Kritik zu zitieren, die in der Frankfurter Volksstimme daran geübt hat. h. w. schreibt:

Wir hätten dieses Buch nicht wahrhaftig nicht der Erwähnung für wert gehalten, wenn der Verfasser, mit dem der Verlag für das Buch Propaganda macht, nicht die Kühnheit hätte, es mit Jola in eine Parallele zu ziehen. Demgegenüber halten wir es doch für unsere Pflicht, mit allem Nachdruck zu betonen, daß der Roman selbst ein Auszug des allerbesten Dilettantismus und seine Veröffentlichung durch einen angesehenen Verlag ein großer Unfug ist. Die Handlung ist abgerundete Schablone, die auftretenden Personen sind schematische Klischees, ihre Sprache ist papieren, der Stil der Erzählung selbst zum Dummheitsausdruck (es kommt nur so vor, wie wenn ein solches angewandten „berlebe“). Eine Probe von Jänheims Charakterisierungskunst (folgen Beispiele). . . . Der Verfasser Jänheim mag ein tüchtiger Parteigenosse sein, für den der Mangel an Selbstkritik bedauerlich ist, aber ihn diese seine Schreibübungen für einen Roman anzuheben läßt. Ihn daß der Verlag so kritisch war, sie in seinen gebunden neu herauszugeben — wenn wir nicht irren, erdichten „Streit“ schon vor einer Reihe von Jahren in der Tages- presse — das ist, wir wiederholen es, um so mehr grober Unfug, als solche Erzeugnisse von bürgerlicher Seite den Kunstbestrebungen der Partei höherwert vorgehalten zu werden pflegen. Vor Antauf wird gewarnt!

Das stimmt. Wir behauern nur die laubere Ausstattung für ein Buch, das nicht einmal die Druckerfehlerwerte wert ist. Der Verlag möge sich aber gesagt sein lassen, daß wir nicht deswegen die Schand- literatur bekämpfen, um in unseren eigenen Reihen eine neue heran- zuzüchten.

Photographisches Unterhaltungsbuch. Anleitungen zu interessanten und leicht auszuführenden photographischen Arbeiten von H. Farzer-Wahlbacher. Dritte, vollständig umgearbeitete und bedeutend ver- mehrte Auflage. Mit 185 belehrenden Abbildungen im Texte und auf 20 Tafeln. Verlag von Gustav Schmidt (vormals Robert Dypenheim), Berlin 1910. 302 Seiten. Preis gebunden 3,50 M. in Leinwand 4,50 M. — Der Titel „Unterhaltungsbuch“ erscheint uns nicht ganz passend. Wer den Inhalt des Buches nicht kennt, möchte leicht glauben, daß es hauptsächlich von Schmarzereien handle, die in letzter Linie dar- auf hinauslaufen, den Amateurphotographen zu größerem Platten- und Papierverbrauch zu veranlassen. Es ist jedoch in Wirklichkeit ein durchaus ernsthaft zu nehmendes Buch mit einer wertvollen Ergänzung zu den allerersten Lehrbüchern der Amateur-Photographie, die man jedem vorgebildeten Amateur aufs beste empfehlen kann. Das Buch handelt zunächst von den verschiedenen Arten der Aufnahme (Auf- nahmen im Freien unter den mannigfaltigsten Verhältnissen, ferner von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen, Pflanzen, Tieren, Szenenaufnahmen, Raufnahmen, Portraits, verschiedene photo- graphische Szenen u. i. v.). Auch der folgende Abschnitt, der den Fortschrittszweck behandelt, ist sehr reichhaltig und gibt manche wert- volle Anregung. Von den meisten Abschnitten sind noch zu nennen: Reflexphotographie und Photoplastik, des Photographieren mit Köcherprojektor, etwas über Projektion und Selbstbestimmung von Bildern, des, die Kinetographen im Bereiche des Amateurs, etwas über Fernphotographie, verschiedenes aus der Praxis. Der Ver- fasser hat die von ihm angegebenen Verfahren wiederholt selbst er- probt.

Allgemeine Krankheiten und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 5. 29 Hamburg.)

Abrechnung über den Unterhaltungs- und Agitationsfonds. Einnahmen: Engel, Potsdam 10 M. Pfalzadler, Sags- jeh 15. Köpcke, Etrun 23,20. Berlin XI, Ueberjahn vom Arbeitervereins 50. König, Bielefeld 15. Krause, Magdeburg 10. August 15. November-Kabriel 15. Stück 5. Rada 7. Karls- rabe 9. Sporenstein 14,2. Ehrenfeld 40. Jüßhäler, Sulach 13. Neget, Speyer 20. Schiffler von 15. Füllien von Dresden und Umgebung anläßlich der Generalversammlung 20. Berlin VI, Ueber- jahn des Sommerfest 100. Hamburg, Ueberjahn vom Sommer- fest 15. Fischer, Wülfrath a. Rh. 10. Osnabrück 28. Jänide, Berlin V 100. Göttingen 20. Ueberjahn von den Sommerfesten der Filialen Berlin und Umgebung durch Komitee 400. Spel, Berlin 5. Sigm, Offenbach 11,15. Egeant, Ulla a. D. 20. Braunschweig 21,61. Jülich 66. Summa der Einnahmen 1250,44 M. Ausgaben: An G. Boeder, Berlin VI 45 M. Fr. Mayer, Sagsjeh 40. G. Ordozsi, Braunschweig 35. M. Schläm, Sagsjeh 35. Fr. Baquet, Stuttgart a. N. 35. Joh. Scheiber, Schwäbinger Vorstadt 45. Fr. Omejeorg, Braunschweig 35. Fern-

Dobrowski, Ehrenfeld 25. Für Beefer, Seibelberg, auf Beschluß der Generalversammlung 124. F. Wächter, Gannstadt 40. Jul. Kapp, Schwäbinger Vorstadt 35. Porto und Bestellgeld 3,20. Summa der Ausgaben 497,20 M.

Table with financial data: Einnahme 1250,44 M, Ausgabe 497,20 M, Mehrerinnahme 753,24 M, Dazu Kassenbestand am 8. Juni 1911 7877,98 M, Kassenbestand am 8. November 1911 8181,17 M.

Braunschweig, den 8. November 1911. Albert Greis, Hamburgerstraße 12a. Revidiert und für richtig befunden: Karl Fischer, Rudolf Schneemilch.

Verbands-Anzeigen

Memberships and announcements section. Includes: Mitglieder-Versammlungen (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufge-), Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc., and a list of members from various locations like Dresden, Leipzig, and Braunschweig.

Privat-Anzeigen.

Private advertisements section. Includes: Einige tüchtige Metallgraveure (Zielfeuer) auf verleierte Arbeit (Formen) werden für dauernde Stellung bei hohem Lohn angenommen. ... and other job offers.

Soeben ist erschienen

and durch alle Verwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1912

Notice calendar advertisement. Text: Derselbe stellt durch seinen reichhaltigen Inhalt, die gute Aus- wahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes ein unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder dar, und ist dessen Anschaffung des billigen Preises wegen nur zu empfehlen. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungen 60 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf pro Exemplar, inkl. Porto. Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags. Zahlreichen Bestellungen gehen entgegen. Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.